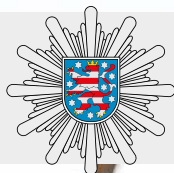


PIT

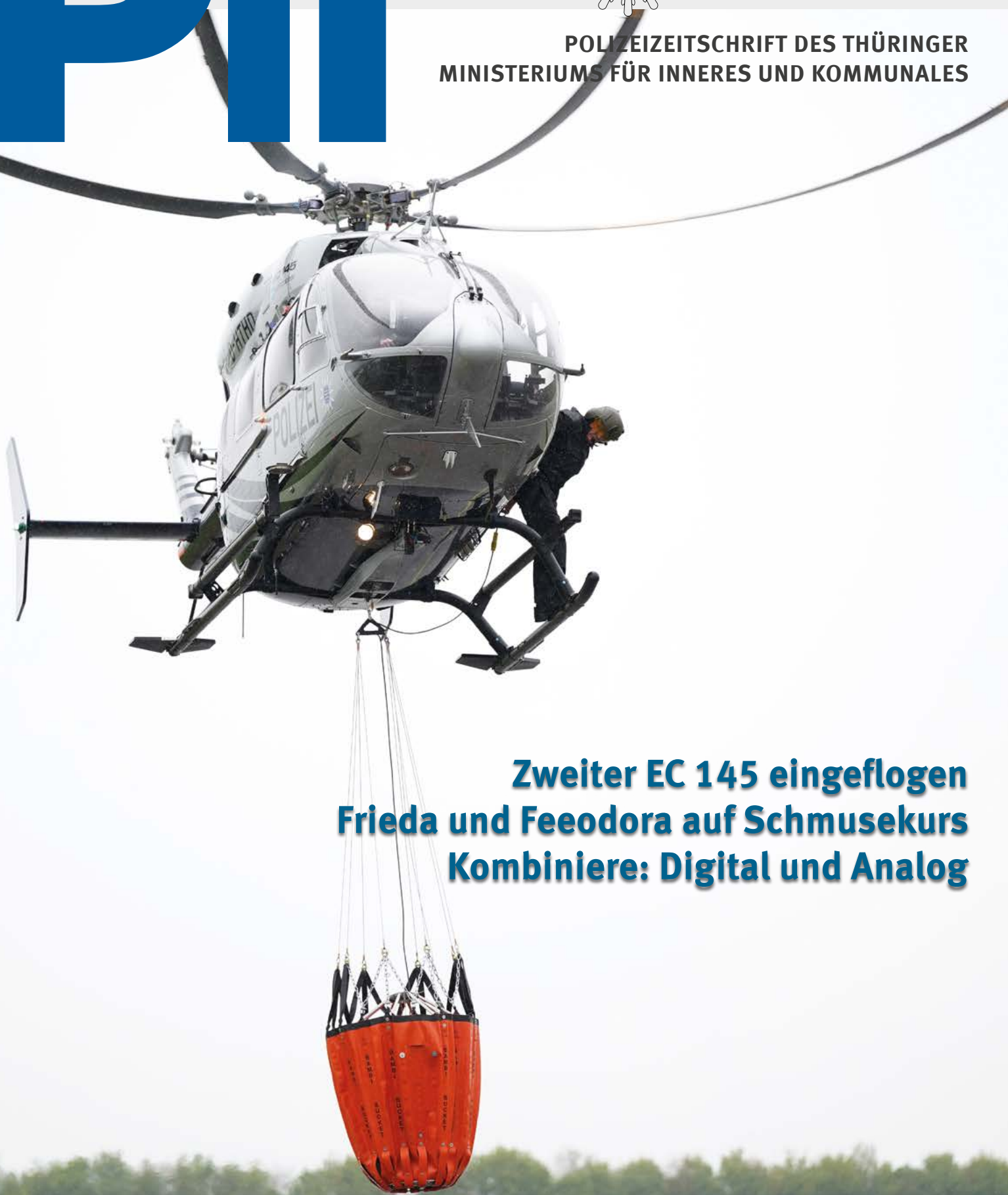
AUSGABE 2/2019

POLIZEI



IN THÜRINGEN

POLIZEIZEITSCHRIFT DES THÜNINGER
MINISTERIUMS FÜR INNERES UND KOMMUNALES



Zweiter EC 145 eingeflogen
Frieda und Feeodora auf Schmusekurs
Kombiniere: Digital und Analog

Titelbild:

Die Thüringer Polizei hat einen zweiten Hubschrauber vom Typ EC 145 in Dienst gestellt, der mit modernster Technik viele Einsätze wirksam unterstützen kann.

Mehr dazu ab Seite 4.

Foto: Antje Weißmann

IMPRESSUM

POLIZEI IN THÜRINGEN - PIT -
Polizeizeitschrift des Thüringer
Ministeriums für Inneres und Kommunales

Herausgeber:
Thüringer Ministerium für
Inneres und Kommunales,
Steigerstraße 24, 99096 Erfurt
Verantwortlich für den Inhalt: Ministerbüro,
Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion, Satz, Fotos:
Torsten Stahlberg (verantwortlich)
Telefon: (0361) 57 3313 126
E-Mail:
torsten.stahlberg@tmik.thueringen.de

Layout: fraubraun* design, 99092 Erfurt
Herstellung: Druckhaus Gera GmbH,
Jacob-A.-Morand-Straße 16, 07552 Gera

Korrespondenz: Pressesprecher und alle
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der
Thüringer Polizei; Beiträge kann jede
Mitarbeiterin/jeder Mitarbeiter der
Thüringer Polizei jederzeit einsenden. Die
redaktionelle Bearbeitung ist vorbehalten.
Beiträge ohne Autorenangabe lehnt die
Redaktion ab.

Redaktionsschluss für die nächste
Ausgabe:

23. August 2019

Aus dem Inhalt

Wachablösung am Hubschrauber-Hangar

Minister schwebte mit dem neuen EC 145 ein 4

Mitteldeutsche Sicherheitskonferenz

Gemeinsamer Kampf gegen Verfassungsfeinde 6

Innenministerkonferenz in Kiel

Gewaltkriminalität stand im Fokus 8

Georg Maier eröffnete den Erfurter Polizeitag

Digitale und analoge Polizeiarbeit kombinieren .. 10

Landespräventionsrat Thüringen stellte sich vor

Neuer Partner bietet Zusammenarbeit an12

Vollübung am Erfurter Hauptbahnhof

Terror-Abwehr im Verbund getestet14

Interview mit Mike Gnepper von der Polizeivertrauensstelle

„Böser Blick“ und Sicherheitsüberprüfung.....18

Diensthundwesen

Bloodhound-Welpen und Hunde-Rente 21

Einführung der Dienstkleidung des Nordverbundes

Im November neue Uniform für Anwärter 24

Aus der Landespolizeidirektion

AG APP und Kinderbuchtage 28

Ausbildungstag des Polizeiärztlichen Dienstes

Bei Lebensgefahr notfalls den Arzt ersetzen 30

Aus dem Landeskriminalamt

Digitaler Wandel / Millionen-Betrug aufgedeckt .. 32

Service

Personalien 44

Auf ein Wort, Herr Minister

Die Vereidigung der Anwärterinnen und Anwärter des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes, die am 29. Juni erstmals auf dem Domplatz stattfand, lockte neben vielen Angehörigen auch eine große Zahl an Repräsentanten aus Politik, Gesellschaft, Kultur, Verwaltung und Medien in die Erfurter City. Georg Maier betonte in seiner Festansprache, dass die Wahl dieses Veranstaltungsortes für ihn eine sehr hohe Symbolik hatte.

Herr Minister, eine Vereidigung auf dem Domplatz ist nichts Alltägliches und war Ihnen auch persönlich sehr wichtig. Weshalb?

Ich wollte erreichen, dass diese Vereidigung in der Mitte unseres Landes, für alle sichtbar stattfindet. Diese Gesellschaft verlässt sich auf unsere Polizistinnen und Polizisten und soll deshalb auch die Möglichkeit bekommen, ihnen Dankbarkeit und Wertschätzung entgegenzubringen. Dazu gehören Sichtbarkeit, Ansprechbarkeit und Präsenz.

Die Anwärter wurden auf das Grundgesetz vereidigt. Sie nahmen in Ihrer Rede explizit Bezug auf Artikel 1, der besagt, dass die Würde des Menschen unantastbar und sie zu achten und zu schützen eine Verpflichtung aller staatlichen Gewalt ist. Warum war Ihnen das besonders wichtig?

Wer heute den Polizeiberuf ergreift, muss sich darauf einstellen, dass es ein wesentlicher Bestandteil seiner künftigen Tätigkeit sein wird, gerade diesen zentralen Artikel unserer Verfassung sicher zu stellen und zu verteidigen. Denn es ist keinesfalls so, dass unsere freiheitlich demo-

kratische Grundordnung für alle Zeiten gewährleistet ist. Gerade in jüngster Zeit erleben wir, dass extremistische Strömungen die Grundfesten unsere Staates in einem nie da gewesenen Ausmaß attackieren. Wenn beispielsweise Reichsbürger die Existenz unseres Staates und dessen Rechtssystem negieren, dann greifen sie damit auch unsere gemeinsamen Werte an.

Wo sehen Sie die derzeit größte Gefahr für unsere freiheitliche Gesellschaft und deren Prinzipien?

Diese geht eindeutig von den Rechtsextremen aus. Sichtbar wird das in Thüringen besonders durch die Rechtsrockveranstaltungen. Sie verstecken sich hinter dem Versammlungsrecht des Staates, den sie offensichtlich verachten, und träumen insgeheim davon, die Demokratie abzuschaffen. Dem müssen wir als gesamte Gesellschaft entgegentreten. Das heißt aber nicht, dass wir in den Sicherheitsbehörden die anderen religiösen und politischen Extremisten aus den Augen verlieren dürfen.

Interview: Torsten Stahlberg

Wachablösung am Hubschrauber-Hangar

Minister schwebte mit dem neuen EC 145 ein

Die Thüringer Polizei verfügt mit Indienststellung des neuen EC 145 nun wieder über zwei leistungsstarke Hubschrauber, die unsere tägliche Arbeit mit modernster Technik unterstützen können. Innenminister Georg Maier ließ es sich natürlich nicht nehmen, diese Millioneninvestition am 8. Mai persönlich zu übergeben und beim Fly-In des neuen Heli selbst an Bord zu sein. Dass zugleich auch ein neuer Lasthaken beschafft werden und damit die Fähigkeit der Thüringer Polizeihubschrauber zur Brandbekämpfung wiederhergestellt werden konnte, war ein zusätzlicher Anlass zur Freude. Die BO 105 wurde mit allen Ehren in den Ruhestand verabschiedet. Seit 1993 befand sie sich im Einsatz. Insgesamt absolvierte sie in dieser Zeit 11.412 Flugstunden und etwa 30.000 Landungen.

Auch wenn da bei dem einen oder anderen Altgedienten aus der Hubschrauberstaffel eine Träne im Knopfloch war, es gibt gewichtige Gründe für den nun endgültig vollzogenen Modellwechsel: Die Reichweite des EC 145 liegt zum Beispiel bei 700 Kilometern, die BO 105 kam nur 530 Kilometer mit einer Tankfüllung. Die BO hatte fünf Plätze, mit dem neuen Hubschrauber können inklusive Besatzung elf Personen fliegen.

Alt und Neu in einem Bild: Aus dem supermodernen Cockpit des EC 145 nahm unsere Fotografin beim Pressetermin am 8. Mai kurz vor deren Fly-Out noch einmal die nun außer Dienst gestellte BO 105 ins Visier.

Foto: Antje Weißmann



Die wesentlichen technischen Daten auf einen Blick:

- Hauptrotordurchmesser: 11 Meter (4-Blatt-Rotor)
- zwei Triebwerke Turbomeca ARRIEL 1 E 2
- maximale Dauerleistung pro Triebwerk: 692 PS
- maximale Abflugleistung pro Triebwerk: 738 PS
- maximale Notleistung pro Triebwerk: 770 PS
- Leergewicht 2279 kg (vollgetankt 2983 kg)
- maximales Startgewicht 3585 kg
- Zuladung 1306 kg (vollgetankt 602 kg)
- maximale Außenlast 1500 kg
- Dienstgipfelhöhe 18000 ft
- maximale Reisegeschwindigkeit in Meereshöhe 140 kt, das sind 260 km/h
- Tankinhalt 704 kg = 880 l
- Verbrauch 250 kg/h = 315 l/h
- Reichweite bei Reisegeschwindigkeit 378 NM = 700 km

Das ergibt eine maximale Flugzeit von fast drei Stunden. Der EC 145 verfügt über doppelte Instrumentierung für den Instrumentenflug mit einer nachflugtauglichen Beleuchtung und ein Doppelsteuer. Navigationsgeräte, Klimaanlage, Zapfluftheizung und Autopilot sorgen schon in der zivilen Variante für Komfort. Die nun für die Thüringer Polizei umgebaute Ausführung der Maschine verfügt außerdem über einen polizeitak-

tischen Arbeitsplatz mit einem Kamerasystem Star Safire HD und einem digitalen Bildübertragungsmodul und einen Suchscheinwerfer vom Typ SX 16.

Für das SEK sind zwei Abseilbalken montiert. Der bereits erwähnte Lasthaken ist für maximal 1500 Kilogramm ausgelegt, die Rettungswinde hat eine Seillänge von 90 Metern und hält maximal 270 Kilogramm

Last aus. Der Grundpreis der Maschine beträgt 4,8 Millionen Euro. Für den Umbau, die polizeispezifische Einbauten und andere Zusatzarbeiten wie Lackierung und Beklebung wurde noch einmal eine knappe Million Euro ausgegeben. Gut angelegtes Geld, wie auch der Innenminister findet. Vor allem die Sache mit dem Lasthaken hatte ihn persönlich schwer beschäftigt: „Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, bei Airbus

auf eine schnelle Lösung des Problems hinzuwirken. Es kann nicht sein, dass wir teure Technik anschaffen, die aber im entscheidenden Moment nicht einsatzfähig ist. Erst als ich mich mühsam bis zum Vorstandschef durchtelefoniert hatte, gab es Bewegung und die Spezialausrüstung für Löscheinsätze wurde dann auch kurzfristig geliefert.“ ■

Torsten Stahlberg

Mitteldeutsche Sicherheitskonferenz

Gemeinsamer Kampf gegen Verfassungsfeinde

Thüringens Innenminister Georg Maier begrüßte am 11. März in Erfurt seinen Amtskollegen Holger Stahlknecht aus Sachsen-Anhalt und den sächsischen Innenstaatssekretär Prof. Dr. Günther Schneider zur Mitteldeutschen Sicherheitskonferenz. Der Einladung folgte ebenfalls der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang.

Thomas Haldenwang gab zu Beginn eine bundesweite Lageeinschätzung hinsichtlich rechtsextremistischer Strukturen. Die Ressortverantwortlichen der drei mitteldeutschen Bundesländer tauschten sich danach unter anderem über die so genannten „Smart-Mobs“ aus, eine neue, sehr mobile Form von Versammlungslagen.

Vorfälle wie in Chemnitz, Köthen und Apolda haben gezeigt, dass sich gewaltbereite Rechtsextremisten binnen kurzer Zeit über soziale Medien bundesweit in einem bisher nicht gekannten Ausmaß verabreden und mobilisieren. Für die Sicherheitsbehörden ist es für die Beurteilung der Lage und die Maßnahmeplanung entscheidend, frühzeitig derartige Mobilisierungsaktivitäten zu erkennen. „Solche Ad-hoc-Veranstaltungen binden enorme Polizeikräfte. Chemnitz, Köthen und Apolda gaben letztlich den entscheidenden Impuls für diese mitteldeutsche Sicherheitskonferenz“, betonte Thüringens Innenminister Georg Maier.

Auf Grundlage einer Initiative von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen befasste sich die Innenministerkonferenz mit dem Thema.

Sie beauftragte Polizei und Verfassungsschutz mit der Prüfung, wie künftig präzisere Vorhersagen über virale Mobilisierungen im Netz und deren Auswirkungen in der Realwelt getroffen werden können.

Im Ergebnis der Sicherheitskonferenz in Leipzig haben die Landeskriminalämter von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ein Frühwarnsystem zum besseren Erkennen rechtsextremistischer Radikalisierungstendenzen unter den polizeibekannten rechts motivierten Straftätern – das sogenannte Radikalisierungs-Radar-Rechtsextremismus (3R) – entwickelt.

Sachsens Innenstaatssekretär Prof. Dr. Günther Schneider sagte dazu: „Mittels eines einheitlichen Scoring- und Rankingsystems sollen potenzielle terroristische Gewalttäter her-

ausgefiltert werden, um diese dann einer konzentrierten Bearbeitung zuzuführen. Damit soll eine Radikalisierungsspirale frühzeitig unterbrochen und schwerste Straftaten verhindert werden.“ Das Konzept soll in den nächsten Monaten intensiv getestet werden.

Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Sachsens Innenstaatssekretär Prof. Dr. Günther Schneider, Thüringens Innenminister Georg Maier und Holger Stahlknecht, der Innenminister von Sachsen-Anhalt vor dem Erfurter Dom.

Die Einbindung der kommunalen Ebene in die Kriminalprävention und damit eine Verzahnung von Kommune, Landesebene, Polizei und Gesellschaft ist ein wesentlicher Aspekt für mehr Sicherheit und Ordnung vor Ort. Hierzu wurden aktuelle Konzepte vorgestellt, die auf eine Verknüpfung von bewährten Elementen wie Schulsozialarbeit, Demokratiestärkung oder Extremismusprävention abzielen, und Entwicklungen in den Ländern besprochen. Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht sagte nach der Veran-

staltung: „Zur Gewährleistung der inneren Sicherheit für die Bürger sind gemeinsame Anstrengungen notwendig. Über aktuelle Herausforderungen haben wir uns heute hier in Erfurt ausgetauscht. Ein wichtiger Baustein ist die Kriminalprävention. Dazu gehören beispielsweise Sicherheitspartnerschaften mit den Kommunen, mit denen wir in Sachsen-Anhalt bereits positive Erfahrungen gemacht haben. Durch die Bündelung von Kräften sind vor Ort schlagkräftige neue Netzwerke entstanden, was mich freut.“

Gastgeber Georg Maier resümierte zum Abschluss der Erfurter Sicherheitskonferenz: „Ich freue mich, dass wir mit Thomas Haldenwang den obersten Verfassungsschützer Deutschlands für unsere Beratungen gewinnen konnten. Unsere Demokratie wird von zahlreichen Seiten angegriffen, umso wichtiger ist es, dass Bund und Länder gemeinsam dagegen vorgehen. Insbesondere dem Rechtsextremismus werden wir weiterhin die Stirn bieten.“ ■

Carsten Ludwig

Foto: Steve Bauerschmidt



Innenministerkonferenz in Kiel

Gewaltkriminalität stand im Fokus

Bei der Konferenz der Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern vom 12. bis 14. Juni in Kiel stand die Gewaltkriminalität in unterschiedlichsten Ausprägungen im Mittelpunkt der Gespräche. Die Innenminister und -senatoren tauschten sich beispielsweise intensiv über die Möglichkeiten aus, die Bevölkerung wirksamer gegen Messerangriffe zu schützen. Ein aktueller Vorfall zeigte nach den Worten von Thüringens Innenminister Georg Maier einmal mehr, dass Handlungsbedarf besteht.

Die Innenministerkonferenz bat das Bundesinnenministerium, eine Verordnungsermächtigung zu schaffen, die es den Kommunen ermöglicht, das Mitführen von Messern in sensiblen Bereichen zu verbieten. Messerverbotzonen sollten demnach über kriminalitätsbelastete Orte hinaus auf solche Orte erstreckt werden können, an denen sich viele Menschen aufhalten, wie zum Beispiel im räumlichen Umfeld von Diskotheken oder Volksfesten.

Auch wenn kein konkreter Anlass vorliegt, soll in solchen abstrakt gefährdeten Bereichen nun eine Verbotzone eingerichtet werden können. Springmesser sollen nach Ansicht der Innenminister und -senatoren gar nicht mehr in der Öffentlichkeit mitgeführt werden dürfen.

Weiterer Schwerpunkt der Diskussion bei der Innenministerkonferenz waren verschärfte Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornographie. Die Innenminister

stimmen darin überein, dass es einer verbesserten Zusammenarbeit der Polizeien des Bundes und der Länder bedarf. Darüber hinaus wird auch gesetzgeberischer Handlungsbedarf seitens des Bundes gesehen.

So sollte gegen Kinderpornographie im Internet beispielsweise auch durch die Übernahme digitaler Identitäten und eine Meldepflicht für die Internet Service Provider vorgegangen werden.

Auch die zunehmende Radikalisierung im Bereich des politischen und religiösen Extremismus beschäftigte die Innenminister. Einigkeit bestand darin, den Mitgliedern verfassungsfeindlicher Vereinigungen den Zugang zu Waffen zu verweigern oder ihnen die Waffen zu entziehen. „Ziel muss sein: keine Waffen in Extremistenhand“, resümiert Georg Maier das Ergebnis der Beratungen. Allein bedingt die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung nicht die Regelvermutung der

waffenrechtlichen Unzuverlässigkeit. „Gerade die Radikalisierung von Personen muss in jedem Fall zum Waffentzug führen, unabhängig davon, ob der Täter schon abgedrückt hat oder nicht. Die Unzuverlässigkeitsprüfung käme dann für das Opfer zu spät.“

Die Innenminister und -senatoren waren sich auch darüber einig, dass die Länder bei der Bekämpfung der sogenannten Clankriminalität besser zusammenarbeiten müssen. „Eth-

Die Innenminister und -senatoren waren unter anderem zu Gast auf der NordArt in Büdelsdorf. Hier fanden das Ministergespräch und der abendlichen Empfang des Innenministers von Schleswig-Holstein statt.

Foto: Innenministerium Schleswig-Holstein



nisch abgeschottete Gruppen können ein eigenes Wertesystem entwickeln, das nicht mit dem Grundgesetz in Einklang steht. Dadurch entstehen kriminelle Parallelstrukturen, die den Charakter organisierter Kriminalität aufweisen“, erläuterte Georg Maier. Es soll insbesondere geprüft werden, ob und wie die Möglichkeiten einer Vermögensabschöpfung in diesen Fällen vereinfacht werden kann. „Das ist eine sehr wirksame Gegenmaßnahme gegen diese Art der Kriminalität“, sagte Maier.

Eingehend diskutierten die Innenminister und -senatoren den Vorschlag aus Thüringen zur länderübergreifenden Zusammenarbeit bei Wald- und Vegetationsbränden bei der Brandbekämpfung aus der Luft. „Wir waren uns einig, dass es hier dringenden Optimierungsbedarf gibt. Gerade bei Waldbränden ist der schnelle Einsatz von Löschhubschraubern wichtig, damit sich das Feuer nicht unkontrolliert ausbreitet. Hier zählt jede Minute“, bilanzierte Georg Maier. Eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, bis

zur nächsten Innenministerkonferenz im Herbst geeignete Vorschläge zur Beschleunigung der länderübergreifenden Waldbrandbekämpfung vorzulegen. „Der Bundesinnenminister hat deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die gemeinsamen Anstrengungen verstärkt werden müssen. Es freut mich sehr, dass sich der Bund seiner Verantwortung bewusst ist“, sagte Thüringens Innenminister abschließend. ■

Oliver Löhr

Georg Maier eröffnete den Erfurter Polizeitag

„Die digitale und analoge Polizeiarbeit kombinieren“

Die Einführung des Vorgangsbearbeitungssystems ComVor in der Thüringer Polizei bezeichnete Innenminister Georg Maier in seiner Rede zur Eröffnung des Erfurter Polizeitages von Behörden-Spiegel und Gewerkschaft der Polizei am 29. Mai eine „Operation am offenen Herzen“. Der Patient lebt, aber der Minister bekam bei dieser Gelegenheit eine Vorstellung davon, was seine Digitalisierungsinitiative für die polizeiliche Praxis bedeutet. Für Georg Maier kann es aber in dieser Frage kein Zurück geben. Wenn sich die Kriminalität immer stärker in den digitalen Raum verlagert, muss sich auch die Polizei dort bestens auskennen.

Cyberkriminalität ist eine der Schattenseiten der Digitalisierung, die eigentlich das tägliche Leben vereinfachen soll, so Georg Maier. Wo viele Daten gesammelt werden, wächst auch die Gefahr des Missbrauchs. Erpressungen mit Kryptowährungen sind da nur ein Beispiel von vielen.

Digitale Angebote für die Bürger gehören aber heute selbstverständlich zur Polizeiarbeit, ist sich der Minister sicher. Es kommt darauf an, analoge und digitale Möglichkeiten richtig miteinander zu kombinieren. An einer ausreichenden Polizeipräsenz im öffentlichen Raum führt deshalb auch in Zukunft kein Weg vorbei.

Der innenpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion im Thüringer Landtag, Dirk Adams, ging auf das Thema Neueinstellungen ein. Das Ziel müsse ein positiver Saldo sein. Schwierigkeiten gibt es auch, weil der Arbeitsmarkt momentan wie leergefegt

sei, sagte Dorothea Marx von der SPD-Fraktion. Der Abteilungsleiter Produktion im Thüringer Landesrechnungszentrum, Martin Lasch, verwies in diesem Zusammenhang auf ein anderes drängendes Problem: „IT-Fachkräfte sind die Mangelware in Deutschland.“

Der Vorsitzende des Innenausschusses, Steffen Dittes (Linke), regte an, das Einstellungsverfahren bei der Thüringer Polizei zu überarbeiten. Weitere Spezialisierungen und die Flexibilisierung der Laufbahnen oder getrennte Ausbildungsgänge für die Schutz- und die Kriminalpolizei seien durchaus Möglichkeiten, mit den knappen werdenden Personalressourcen besser umzugehen.

Der GdP-Landesvorsitzende Kai Christ sagte, seine Gewerkschaft sei nicht grundsätzlich gegen eine spezialisierte Ausbildung. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass der

derart ausgebildete Polizeianwärter anschließend auch in dem von ihm gewünschten Bereich arbeiten kann. Solange das nicht garantiert werde, sei die GdP gegen eine solche Ausbildung. Auf die Eröffnungsrede des Ministers eingehend, betonte Kai Christ ebenfalls die Bedeutung des Polizeibeamten auf der Straße, der für die Bürger ansprechbar bleiben muss. Die Digitalisierung kann aber die polizeiliche Arbeit erleichtern, zum Beispiel bei Personenfahndungen oder durch Messenger-Dienste.

Kai Christ warnte in diesem Zusammenhang vor dem „gläsernen Beamten“. Digitale Lösungen dürften nicht

Georg Maier während seiner Eröffnungsrede in Erfurt.



Foto: Sarah Müller

zur Kontrolle des Verhaltens, der Arbeitsleistung oder der Arbeitszeit genutzt werden.

Christopher Bick von der stashcat GmbH stellte einen polizeilichen Messengerdienst vor, der bereits in Niedersachsen und Hessen im Einsatz ist. Lösungen zur mobilen Identitätsfeststellung präsentierte Julian Schwerdtfeger von der secunet AG. Die Extraktion digitaler Quellen sowie die Analyse von Massendaten war das Thema von Peter Zontek von der Cellerite GmbH. Um die eigene Informationstechnologie abzusichern, sind so genannte Datenscheunen ein guter Weg, erklärte

Ramon Mörl von der itWatch GmbH.

Zum Thema Cyber Crime führte der dafür zuständige Dezernatsleiter beim Landeskriminalamt, Manuel Nolte, aus, dass nicht nur die Zahl der Attacken aus dem digitalen Raum, sondern auch deren Qualität ansteigt.

Je umfassender sich die Gesellschaft in der digitalen Welt bewege, desto mehr Tatgelegenheiten ergeben sich für Cyber-Kriminelle. Nahezu alle Kriminalitätsformen finden sich inzwischen auch im Internet wieder. Die Kriminalität im digitalen Raum sei ein hochdynamisches Phänomen.

Die Digitalisierung habe mit der digitalen Verwundbarkeit zwangsläufig auch eine dunkle Seite.

Heiko Schmidt, Ständiger Vertreter des LKA-Präsidenten, sagte, bei der Digitalisierung in der Thüringer Polizei handle es sich vor allem auch um eine fachlich-organisatorische Aufgabe. Die Beschäftigten müssten in diesem Wandel mitgenommen und die digitalen Kompetenzen gerade der Angehörigen des höheren Polizeivollzugsdienstes gestärkt werden. Sehr sinnvoll seien hier zum Beispiel Coaching-Maßnahmen. ■

Torsten Stahlberg

Landespräventionsrat Thüringen stellte sich vor

Neuer Partner bietet Zusammenarbeit an

Bei der Auftaktveranstaltung des Landespräventionsrats Thüringen am 21. Juni stellte sich dieser als neuer Partner der Präventionsakteure im Freistaat vor und zeigte Möglichkeiten der künftigen Zusammenarbeit auf.



„Sicherheit ist ein elementares Bedürfnis des Menschen und wir können uns glücklich schätzen, in Thüringen ein hohes Maß an objektiver Sicherheit erreicht zu haben“, machte Innenstaatssekretär Udo Götze bei seiner Begrüßungsrede deutlich.

„Die Einrichtung des Landespräventionsrats Thüringen ist ein weiterer wichtiger Schritt, um die Akteure – Menschen wie Institutionen – zu stärken, die das Rückgrat der Präventionslandschaft in Thüringen bilden. Sie tragen dazu bei, Gewalt und Kriminalität gar nicht erst entstehen zu lassen“, so Udo Götze weiter.

In einem Gastvortrag stellte anschließend der langjährige Geschäftsführer des Deutschen Präventionstages und ehemalige Leiter des Landespräventionsrats Niedersachsen, Prof. h.c. Erich Marks, „Strategien für präventives Handeln in bewegten Zeiten“ vor.

Bei der abschließenden, von Prof. Dr. Thomas Ley, Leiter der Geschäftsstelle des Landespräventionsrats, moderierten Diskussion, machten Erich Marks, Dr. Holger Floeting vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin, Frank-Michael Schwarz, Präsident der Landespolizeidirektion, und die Demokratiepädagogin Kathrin Schuchardt deutlich, was aus ihrer Sicht heraus Prävention leisten kann und welche Herausforderungen bestehen.

„An den vielfältigen Erwartungen, die an uns herangetragen wurden, sieht man das breite Aufgabenspektrum, das uns künftig erwartet“, sagte Prof. Dr. Thomas Ley nach der Auftaktveranstaltung.

Der Landespräventionsrat (LPR) ist ein von der Landesregierung eingesetztes Fachgremium, dessen Vorsitzender der Staatssekretär für Inneres beim Thüringer Ministerium für Innere

res und Kommunales ist. Der LPR hat zum Ziel, die gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention in Thüringen auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und Praxiserfahrungen zu fördern, zu koordinieren und auch weiterzuentwickeln.

In Abgrenzung zur polizeilichen Kriminalprävention verfolgt der LPR keine primär polizeilichen Ziele. Vielmehr unterstützt er Kommunen und Landkreise in kriminalpräventiven

Innenstaatssekretär Udo Götze bei seiner Begrüßungsrede.



Foto: Mario Gentzel

Fragestellungen und berät die Landesregierung bei strategischen Entscheidungen.

Der LPR besteht aus dem Beirat, der das Leitungs- und Entscheidungsgremium darstellt und die Arbeitsschwerpunkte festlegt. Dem Beirat gehören mit Ausnahme zweier Ressorts die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre aller Ministerien sowie die Geschäftsführer des Thüringer Landkreistages e. V. und des Ge-

meinde- und Städtebundes Thüringen e. V. an. Neben dem Beirat gibt es Arbeitsgruppen, in denen spezifische Themenfelder bearbeitet werden. Über deren Zusammensetzung bestimmt der Arbeitsgruppenleiter. Mitglieder können ressortübergreifend Funktionsträger, Wissenschaftler, Praktiker und weitere Experten sein. Nach eingehender Beschäftigung mit einem Thema schlägt die Arbeitsgruppe dem Beirat konkrete Präventionsmaßnahmen

zur Abstimmung vor. Eine erste Arbeitsgruppe unter der Federführung des TMIK widmet sich dem Thema „Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste“. Perspektivisch ist vorgesehen, die Themen „Urbane Sicherheit“ und „Medienkompetenz“ in Arbeitsgruppen zu überführen. Koordiniert wird die Arbeit des LPR von der im TMIK ansässigen Geschäftsstelle. ■

Angela Schwade/Heike Würstl

Vollübung am Erfurter Hauptbahnhof

Terror-Abwehr im Verbund getestet

In der Nacht vom 14. auf den 15. Mai trainierte die Bundespolizei gemeinsam mit der Thüringer Polizei sowie mit den Rettungskräften der Landeshauptstadt Erfurt und der Deutschen Bahn AG das Vorgehen gegen bewaffnete Attentäter am Erfurter Hauptbahnhof. Es handelte sich dabei um die bisher größte Vollübung der letzten Jahre für die Thüringer Polizei mit mehr als 1000 Mitwirkenden.

Die Polizisten und Rettungskräfte sahen sich dabei einem Anschlagsszenario ausgesetzt, von dem wir alle hoffen, so etwas nicht in der Realität erleben zu müssen. Besonders geschulte Einsatztrainer simulierten mit Schnellfeuerwaffen und Explosionsmitteln bewaffnete Attentäter.

Im Team und unter gegenseitiger Sicherung mussten die Einsatzkräfte schnell, entschlossen und konsequent handeln. Bei diesem Szenario war es wichtig, nicht nur Spezialeinheiten, sondern insbesondere die Streifenbeamten trainieren zu lassen. Diese sind in der Regel auch die ersten Interventionskräfte, die an einem Anschlagort eintreffen. Wichtig war allen Beteiligten aber auch, die Rettungskette nach dem polizeilichen Einsatz nicht enden zu lassen, sondern auch das Zusammenspiel mit den Rettungskräften zu üben. Gerade die Nahtstellen zwischen den

involvierten Behörden und Verkehrsbetrieben sind bei einer derartigen Ausnahmesituation immer wieder ein sensibler Bereich.

Eine Übung in diesem Umfang, mitten im Zentrum einer Großstadt, stellt alle Beteiligten immer auch vor große logistische Herausforderungen. Über 1000 Personen haben sich beteiligt. Aus ganz Thüringen und vielen weiteren Bundesländern reisten in dieser Nacht Bundes- und Landespolicisten an, um Verletzte, Reisende oder Attentäter zu simulieren oder die Übung als Schiedsrichter oder Funktionspersonal zu begleiten. Neben Innenminister Georg Maier, der persönlich vor Ort war, zeigten auch vielen andere politische Akteure aller Ebenen ein reges Interesse an der Übung. Ebenso waren zahlreichen Fachbesucher aus den unterschiedlichsten Bundes- wie Landesbehörden vertreten. Im mitteleuropäischen Raum fand bereits eine

Thüringer Streifenbeamte mit ihrer inzwischen für diese Einsatzzwecke beschafften Zusatzausrüstung und Spezialkräfte gingen gemeinsam gegen die Terroristen vor.

ähnlich gelagerte Übung am Hauptbahnhof in Leipzig statt, die damals den Auftakt für eine fortlaufende Serie von Anti-Terror-Übungen an Großstadtbahnhöfen und Flughäfen in ganz Deutschland bildete. Die Dimension der Leipziger Übung wurde in Erfurt jedoch nochmals übertroffen. Die Ergebnisse und Erfahrungen aus den vergangenen und noch folgenden Übungen hatten und haben direkten Einfluss auf Trainingsmaßnahmen und Einsatzkonzepte.

Die Deutsche Bahn AG unterstützte das realitätsnahe Szenario nach Kräften. Reisende, Geschäftsleute und Anwohner bewiesen Verständnis und Geduld.

Jörg Baumbach, der Präsident der Bundespolizeidirektion Pirna, bilanzierte nach der Übung: „Gestern Nacht standen wir vor einer der größten Herausforderungen, die wir uns als Polizisten vorstellen können. Wenn es uns nicht gelingt, den Hebel

vom normalen Streifendienst auf maximale Gefährdungslage umzulegen, brauchen wir gar nicht erst vorzugehen. Unseren Kolleginnen und Kollegen wurde in dieser Hinsicht alles abverlangt.“ Frank-Michael Schwarz, der Präsident der Landespolizeidirektion Thüringen, dankte allen Mitwirkenden für ihre professionelle und hervorragende Arbeit und blickte voraus: „Alles, was wir geübt haben, können wir im Ernstfall besser machen. Weitere Übungen werden

sich in verschiedenen Konstellationen anschließen - die Ergebnisse fließen in die regelmäßige Aus- und Fortbildung der Kollegen ein.“

Der Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz der Landeshauptstadt, Tobias Bauer, konstatierte: „Übungen dieser Art bilden eine wichtige Grundlage für die Bewältigung einer derart komplexen Einsatzlage. Durch die gemeinsame Einsatzleitung mit

Foto: Antje Weißmann





Oben: Die Darstellung der Verletzungen ließ an Realismus nichts zu wünschen übrig. - Unten: Bei einem Terroranschlag heißt es, den Hebel so schnell wie möglich von Streifendienst auf maximale Gefährdungslage umzulegen.

der Polizei wurde gesichert, dass die Einsatzkräfte von Feuerwehr und Rettungsdienst effektive Hilfe für Verletzte leisten konnten. Wir sammelten wertvolle Erfahrungen bei der Rettung einer höheren Anzahl von lebensbedrohlich Verletzten, von der Erstversorgung im gesicherten Bereich bis zum Transport in die Krankenhäuser.“

Auch Eckart Fricke, Konzernbevollmächtigter der Deutschen Bahn AG für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, zeigte sich zufrieden: „Die Übung trägt dazu bei, dass im Falle eines Falles verantwortungsvoll und souverän gehandelt wird. Daher ist es für uns selbstverständlich gewesen, dieses Vorgehen mit der Bereitstellung von Infrastruktur und Fahrzeugen zu unterstützen. Es ist unser gemeinsames Ziel, die Sicherheit für Bahn und Reisende zu gewährleisten.“ ■

Antje Weißmann/Julia Neumann



Fotos: Antje Weißmann

Rechts: Thüringens LPD-Präsident Frank-Michael Schwarz, Innenminister Georg Maier und Jörg Baumbach, der Präsident der Bundespolizeidirektion Pirna, werteten den Übungsverlauf gemeinsam aus. - Unten: Das Hauptaugenmerk lag auf dem Zusammenspiel von Polizei und Rettungskräften.



Ein neues Gesicht in der Polizeivertrauensstelle

Vom „bösen Blick“ bis zur Sicherheitsüberprüfung

Sein unverkennbar brandenburgischer Dialekt verrät noch heute seine Herkunft. Mike Gnepper begann aber schon 1987 im sachsen-anhaltinischen Aschersleben ein Studium in der Fachrichtung Kriminalpolizei, und seine Versetzung zur Thüringer Polizei liegt nun auch bereits 20 Jahre zurück. Er war als Stellvertretender Leiter Interne Ermittlungen tätig und leitete verschiedene Kriminalkommissariate der KPI Suhl, schließlich war er Dienststellenleiter in Hildburghausen. Nach einer Zwischenstation beim Projekt Nova verstärkt Mike Gnepper seit April vorigen Jahres die Polizeivertrauensstelle am Europaplatz in Erfurt. Für die PiT-Leser fragten wir nun nach, wie er dieses erste Jahr in seiner neuen Funktion erlebt hat.

Herr Gnepper, hatten Sie sich Ihre neue Aufgabe so vorgestellt?

(lacht) Ich habe geglaubt, dass mich nach 34 Jahren in der Polizei nichts mehr überraschen kann. Aber in der Polizeivertrauensstelle werden wir neben einer Vielzahl ernster Fälle ab und an auch mit Anfragen konfrontiert, die schon zum Schmunzeln anregen. Erfreulich ist, dass es relativ wenige Kritiken gibt, die einen wirklichen Beschwerdegehalt haben. Die meisten Bürger sind grundsätzlich polizeifreundlich. Sie wollen einen Sachverhalt oder eine konkrete polizeiliche Handlung erklärt haben und sind für eine ruhige und sachliche Argumentation offen.

Der Einsatzbeamte – egal ob KDD oder ESD – hat dazu in den wenigsten Fällen die Zeit. Genau hier kann dann die Polizeivertrauensstelle im Nachhinein die Lücke füllen und förmliche Beschwerdeschreiben vermeiden helfen. Von unbeschreiblichem Vorteil ist, dass ich hier nicht dem Legalitätsprinzip unterliege. Die Bürger können ihre Sicht der Dinge darstellen, ohne dass ich verpflichtet bin, sofort eine Anzeige zu formulie-

ren. Andererseits wurden an mich auch schon Problemstellungen herangetragen, mit denen ich mich im „normalen“ Polizeidienst kaum befasst habe.

Zum Beispiel?

In meinem früheren dienstlichen Leben gab es klare Richtlinien die da hießen „Ermittlung der Täter“, „Schutz der Opfer“, „Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“. Entsprechend unglaublich habe ich reagiert, als meine Chefin von einer Veranstaltung der GRÜNEN JUGEND mit der Bitte von Hilfsorganisationen zurückkam, die sogenannte „Täterarbeit“ in der Thüringer Polizei bekannter zu machen.

Mich beschäftigte der Begriff „Täterarbeit“. Spätestens bei einem Gespräch mit Mitarbeitern des Projektes ORANGE stellte ich fest, dass es hier keinesfalls um einen „Schmusekurs“ für Tatverdächtige geht. Vielmehr handelt es sich um präventive Arbeit von Hilfsorganisationen, bei der mit dem Täter intensiv gearbeitet wird, was für ihn mit Sicherheit nicht immer angenehm ist, aber letztend-

lich in vielen Fällen weitere Straftaten verhindern helfen kann. Ich spreche hier hauptsächlich von Fällen der häuslichen Gewalt. Ich musste erkennen, dass insbesondere in diesem Bereich die „Täterarbeit“ eine Form der Opferhilfe sein kann.

Womit beschäftigen Sie sich hauptsächlich?

Es gibt nichts, was es nicht gibt. Kaum eine Nachfrage gleicht der anderen. Die Palette reicht von einfachen Verständnisfragen über den subjektiv empfundenen „bösen Blick“ des verwarnenden Polizeibeamten bis zur Mitteilung von Straftaten. Letzteres geben wir selbstverständlich zur weiteren Entscheidung an die Landespolizeidirektion ab.

Auf die komplizierten oder komplexen Sachverhalte will ich nicht eingehen, aber viele Dinge können sofort gelöst werden. Wenn ich allein die letzten Tage betrachte, so denke ich zum Beispiel an den Angestellten eines Sicherheitsunternehmens, der sich an uns gewandt hat. Er beabsichtige einen Arbeitsplatzwechsel zum Flughafen Köln/Bonn und hatte

Mike Gnepper und unsere Autorin Sylvia Krauß kümmern sich in der Polizeivertrauensstelle um die Anliegen der Bürger.



eine Sicherheitsüberprüfung beantragt. Nun habe er noch kein Ergebnis und kenne keinen Ansprechpartner. Ohne das Papier müsse er sich arbeitslos melden. Allein die Tatsache, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeivertrauensstelle hinsichtlich polizeilicher Zuständigkeiten natürlich auskennen, und die telefonische Anfrage bei einer sehr freundlichen Sachbearbeiterin führten zu einer befriedigenden Antwort, die dem Bürger sofort übermittelt werden konnte.

Ich denke an einen netten älteren Herrn, der vor einigen Jahren als Zeuge in einem Ermittlungsverfahren um einen Wangenabstrich gebeten worden war. Das kannte er nur aus Filmen und von Verfahren gegen Sexualtäter. Für ihn war es eine große Beruhigung, dass die Probe nur zum Abgleich von Spuren erhoben wurde und gegen ihn selbstverständlich nicht ermittelt wird. Die Kollegen haben nichts falsch gemacht, der Bür-

ger hatte aufgrund seiner Schwerhörigkeit nur die Belehrung nicht richtig verstanden und die Formulare nicht durchgelesen. Das zeigt aber, welche Ängste manchmal bestehen.

Ein anderer Fall war die Angestellte eines Geschäfts, die meiner Chefin berichtete, dass sie am frühen Morgen des Vortages auf dem Parkplatz eine ausgeschüttete neuwertige Damenhandtasche gefunden habe. Sie habe sofort an eine Straftat gedacht, die Tasche gesichert, die Polizei angerufen und die Zusage erhalten, dass ein Streifenwagen vorbeikommen würde. Trotz des aus ihrer Sicht eindeutigen Straftatenverdachts sei aber auch nach Nachfrage niemand gekommen und sie frage sich nun, bei wem sie sich beschweren könnte. Meine Chefin verpackte die Handtasche spurenschonend und brachte sie mit auf die Dienststelle. Von hier befragten wir die umliegenden Dienststellen nach aktuellen Straftaten und gaben die Tasche schließlich

am Abend in der örtlich zuständigen Polizeidienststelle ab.

Wie haben eigentlich Ihre Kollegen auf Ihren Wechsel zur Polizeivertrauensstelle reagiert?

Zumeist mit Interesse. Viele Kolleginnen und Kollegen fanden die Idee, Bürgerbeschwerden schneller und mit weniger Papier als bisher aus der Welt zu schaffen, durchaus spannend. Jeder Polizeibedienstete weiß, wie lange eine strafrechtliche oder disziplinarische Prüfung dauern kann und dass in diesen Fällen jedes berufliche Fortkommen – im schlimmsten Fall völlig zu Unrecht – verhindert ist. Was ich selbst und auch viele meiner ehemaligen Kolleginnen und Kollegen in der Kriminal- und in der Schutzpolizei kritisieren: Die Polizeivertrauensstelle ist nur für die Belange der Bürger, nicht jedoch für die Belange von Polizeibediensteten zuständig. Aus meiner Sicht sollten auch sie das Recht haben,

sich außerhalb des Dienstweges hier Rat holen zu dürfen. Neben Personalräten oder Gewerkschaften würde das eine sinnvolle Ergänzung, weitab von der eigenen Dienststelle, darstellen. Natürlich werden wir nicht immer eine Lösung anbieten können. Das geht uns aber auch in den Gesprächen mit den Bürgern so. Vielen Kolleginnen und Kollegen wäre schon mit einem Gespräch, mit der Darstellung anderer Sichtweisen oder dem Aufzeigen unterschiedlicher Lösungsansätze geholfen.

Wie reagieren Sie auf entsprechende Nachfragen?

Wir schicken erst einmal niemanden weg. Die bisherigen Anfragen betreffen Themen wie den Umgang der Polizei mit psychischen Problemen oder posttraumatische Belastungsstörungen und die Vereinbarkeit der Fortsetzung des Polizeiberufs mit Erkrankungen. Mehrfach wurde der Wunsch geäußert, die Arbeitsfähigkeit der sozialen Ansprechpartner zu verbessern.

Und wenn Sie bei Ihrer Arbeit einen Wunsch frei hätten?

Vor wenigen Tagen hat sich eine Bürgerin für die Arbeit der Polizei bei einem Routineverkehrsunfall in Erfurt bedankt. Sie sei in einem „ähnlichen“ Beruf tätig (Krankenschwester) und wisse daher, dass Lob sehr selten ist. Die Mitteilung der Bürgerin haben wir an den Dienststellenleiter weitergeleitet. Ich würde mir wünschen, dass Bürger häufiger über die zumeist sehr gute Arbeit der Polizei berichten und besondere Leistungen lobend erwähnen.

In eigener Sache würde ich mir wünschen, dass die Polizeivertrauensstelle einen Zugang zu den polizeilichen Informationssystemen erhält. Bisher sind wir gezwungen, alle Angaben von Bürgern weitgehend kommentarlos entgegenzunehmen, zu verschriften und uns im Nachgang die polizeiliche Sicht der Dinge über die jeweilige Behördenleitung von der jeweils zuständigen Polizei-

Zahlen, Daten, Fakten - aktuell

- Seit der Einrichtung der Polizeivertrauensstelle wurden bis Ende Mai 2019 insgesamt 572 Sachverhalte entgegengenommen.
- 367 Anfragen, Hinweise und Kritiken konnten eigenständig abgearbeitet werden.
- 149 Anregungen, Beschwerden und Kritiken wurden zur weiteren Prüfung und Entscheidung an LPD und LPI'en abgegeben.
- In 94 Fällen war der Beschwerdegehalt ganz oder zum Teil begründet.
- In 20 Fällen wurde von der LPD oder einer LPI entschieden, strafrechtliche Ermittlungen einzuleiten.

dienststelle zuarbeiten zu lassen. Ein sofortiger Blick in das Informationssystem hätte einen sinnvollen Argumentationsaustausch im Erstgespräch zur Folge und würde Aufwand und Bearbeitungszeit wesentlich verkürzen. Im Übrigen halte ich es aus Gründen der Eigensicherung für äußerst bedenklich, dass wir mit Bürgern Gesprächstermine vereinbaren und im Nachgang erfahren, dass es sich um Reichsbürger oder Gewalttäter handelt.

Was steht für die Vertrauensstelle in der nächsten Zukunft an?

Eine vorrangige Aufgabe ist es, unsere Präsenz im Internet zu erhöhen. Unserer Dienstanweisung folgend ist die Polizeivertrauensstelle Ansprechpartner für Bürger, die von polizeilichen Maßnahmen betroffen waren oder sind und Erörterungsbedarf haben. Da erscheint es mir sehr wichtig, dass uns die Bürger auch schnell und unproblematisch finden können.

Mittelfristig steht nun auch die Evaluierung der Polizeivertrauensstelle an. Aus meiner Sicht hat sie sich in ihrer jetzigen Form weitgehend bewährt. Auf eine mögliche Erweiterung der Zuständigkeiten hinsichtlich von Belangen Polizeibediensteter bin ich ja bereits eingegangen. Von

vielen Seiten in Frage gestellt wird die „künftige Anbindung“ der Polizeivertrauensstelle. Als Stabsstelle mit direkter Unterstellung zum Staatssekretär des Inneren ist die erforderliche Unabhängigkeit gegeben und könnte durch andere Anbindungen keinesfalls verbessert werden.

Mit größter Wahrscheinlichkeit würden aber Nachteile eintreten. Bei einer Anbindung an externe Stellen, wie zum Beispiel an den Landtag oder an die Staatskanzlei, würden sich bei Einhaltung der dann bestehenden Dienstwege die Bearbeitungszeiten wesentlich erhöhen und der verwaltungstechnische Aufwand würde sich vergrößern.

Und die von uns angestrebte Zugriffsmöglichkeit auf polizeiliche Informationssysteme würde aus rechtlicher Sicht unmöglich werden. Das ist meiner Meinung nach keinesfalls im Sinne der hilfesuchende Bürger.

Derzeit haben wir den Vorteil, Auskünfte relativ zeitnah zu erlangen, konkrete Anregungen an die betroffenen Dienststellen schnell zu vermitteln und Anliegen und Beschwerden schnell und unbürokratisch zu lösen. Warum soll verändert werden, was gut funktioniert? ■

Interview: Sylvia Krauß

Diensthundwesen

Bloodhound-Welpen und Rente für Altgediente

Polizeihauptkommissar Christian Müller (LPI Suhl) und der belgische Schäferhund-Mix Rudy, Polizeihauptmeisterin Maren Große (LPI Suhl) und ihr Schäferhund Michel sowie Polizeihauptmeister Michael Schwarz (LPI Nordhausen) und Coonhound Burnie sind Partner – im Dienst wie auch privat. Man merkt sofort, dass Hundeführer und Diensthund ein eingespieltes Team sind, dass sie über all die Jahre eine Verbindung zueinander aufgebaut haben, die man nicht trennen darf.

Das lag auch Innenminister Georg Maier am Herzen. Im Dezember vergangenen Jahres nahm er sich daher der Zahlung einer angemessenen Aufwandsentschädigung erneut an. Nun gibt es endlich ein Happy End für Thüringens vierbeinige Einsatzkräfte.

Stellvertretend für alle Profi-Schnüffler der Thüringer Polizei überreichte der Innenminister Ende Mai die neuen „Tierübertragungs- und Pflegeverträge“ an deren Diensthundeführer und schickte Rudy, Michel und Burnie damit in Rente.

Mit der rückwirkend zum 1. Januar 2019 in Kraft getretenen „Dienstanzweisung zur Finanzierung der Diensthunde“ kann ein nicht mehr einsatzfähiger Diensthund im Alter von acht Jahren oder älter in seinem bisherigen Zuhause bleiben. Das Land zahlt dem Diensthundeführer dafür eine Unterstützung für Futter und Pflege in Höhe von 50 Euro im Monat und trägt die Kosten für tierärztliche Behandlungen.

Maren Große von der LPI Suhl und ihr Schäferhund Michel sind ein Herz und eine Seele.



Foto: Alexander Kröckel



Foto: Alexander Kröckel

Michael Schwarz von der LPI Nordhausen und Coonhound Burnie waren echte Vorreiter im Polizeidienst.

mer verlassen. Ein Spürhund zieht pro Minute etwa 200 Mal Luft ran. Das ist Hochleistungssport, der auch gesundheitliche Folgen mit sich bringt“, so Volker Brandt, der Leiter der Zentralstelle Diensthundwesen. Nach fast neun Jahren im Polizeidienst kämpfen alle drei Hunde mit schweren gesundheitlichen Problemen und haben sich ihren Ruhestand nun redlich verdient.

Ihre Nachfolger stehen übrigens schon in den Startlöchern, denn bereits Ende März übergab der Innenminister die beiden Bloodhound-Welpen Frieda und Feodora an ihre neuen Diensthundführer, Polizeihauptmeister Dominik Herold und Polizeiobermeisterin Marie-Luise Geitner von der LPI Gotha. Bloodhounds sind extrem gute Fährtenhunde, da ihr Spürsinn noch leistungsfähiger ist als der anderer Hunderassen. Damit sind die Hunde in der Lage, feinste Gerüche aufzunehmen, über einen längeren Zeitraum zu speichern und ihnen unbeirrt zu folgen. Die beiden Hundedamen werden nun von Ausbildungsleiter Michael Schwarz zu neuen Personenspürhunden ausgebildet, bis sie in Burnies Pfotenstapfen treten können. ■

Tanja Neubauer



Die bisherige Dienstanweisung sah zunächst eine Übernahme auf Kosten des Hundeführers, einen Verkauf des Hundes oder ein Überlassen an eine Tierschutzorganisation vor. „Die Hunde haben so viel für den Freistaat geleistet, da ist es nur fair, ihnen einen schönen Lebensabend zu ermöglichen. Das ist ein Zeichen der Dankbarkeit an Mensch und Tier“, sagte Georg Maier beim Treffen mit den vierbeinigen Rentnern auf dem Hundeplatz in Schaderode.

Die beiden Sprengstoffspürhunde Rudy und Michel wurden dazu ausgebildet, Munition und Waffen sowie explosive Stoffgemische aufzuspüren. So werden sie beispielsweise bei Bombendrohungen oder zur Absicherung bei Staatsbesuchen ein-

gesetzt. Mit ihrer zusätzlichen Ausbildung als Schutzhunde unterstützten sie ihre Diensthundführer im täglichen Polizeidienst, bei Demonstrationen oder Razzien sowie bei Großereignissen wie dem G7-Gipfel.

Mit Personenspürhund Burnie verabschiedet sich ein echter Vorreiter aus dem Berufsleben: Er war bundesweit der erste Coonhound im Polizeidienst. Seine Erfolge beim Aufspüren von vermissten Personen sowie möglichen Tätern waren so überzeugend, dass auch andere Bundesländer diese Rasse inzwischen als Polizeihunde einführen.

„Auf die feinen Nasen ihrer Diensthunde konnten sich die Beamten im-



Fotos: Alexander Kröckel



Oben: Der Minister beim Ausstellen der Renten-Papiere. - Links: Der belgische Schäferhund-Mix Rudy zeigte gemeinsam mit seinem menschlichen Partner Christian Müller von der LPI Suhl noch einmal, dass er als Sprengstoff-Spürhund ein echtes As war. - Unten: Frieda und Feodora gingen bei der Übergabe an ihre Diensthundführer gleich mal auf Schmusekurs.



Einführung der Dienstkleidung des Nordverbundes

Polizeianwärter bekommen im November neue Uniform

Im November diesen Jahres sind die neu eingestellten Thüringer Polizeianwärter die ersten, an die eine Grundausrüstung mit der Dienstkleidung des Nordverbundes ausgegeben wird. Im ersten Quartal 2020 erhalten dann alle Dienstkleidungsträger, die nach dem 31. Dezember 2022 ihren Dienst beenden, eine Umstellungsausstattung. Für die Finanzierung werden die Dienstkleidungsunterstützungen der Jahre 2019 und 2020 genutzt.

Den Weg dafür frei gemacht haben Anfang des Jahres die Innenminister von Niedersachsen und Thüringen, Boris Pistorius und Georg Maier, als sie ihre Unterschriften unter das „Verwaltungsabkommen über die Kooperation bei der Entwicklung, Weiterentwicklung, Beschaffung und Auslieferung von polizeilicher Dienst- und Schutzkleidung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Freistaat Thüringen“ setzten.

Uniformierte Polizeivollzugsbeamte (also Polizeianwärter, von der Kriminal- zur Schutzpolizei Versetzte, Tauschversetzungen und Seiteneinsteiger) erhalten gemäß der Dienstkleidungsvorschrift der Thüringer Polizei (DKVThürPol) mit Beginn des Dienstes in Dienstkleidung eine Grundausrüstung, die derzeit 26 Kleidungsstücke umfasst.

Zusätzlich zu dieser Grundausrüstung dürfen diese Beamten ein Zusatzsortiment zur Grundausrüstung, welches derzeit 28 Dienstkleidungsstücke beinhaltet, über ein Dienstkleidungskonto (DKK) erwerben.

Um gesetzliche Forderungen zu gewährleisten, werden den Bediensteten der Polizei für besondere, regelmäßig ausgeübte Tätigkeiten zur

Verhütung von Unfällen, Gesundheitsschäden und Krankheitsübertragungen, zum Schutz der üblichen Kleidung vor Witterungseinflüssen, gegen ungewöhnlich starke Verschmutzung, Zerstörung oder überdurchschnittliche Abnutzung, aus hygienischen oder anderen Gründen insgesamt 126 Artikel der Sonder- und Schutzkleidung unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Wegen der Unterschiedlichkeit der klimatischen und örtlichen Bedingungen erfolgt die Ausstattung für Auslandseinsätze jeweils missionsgebunden.

Bei der Beschaffung der Dienstkleidung kam es in der Vergangenheit wegen zu geringer Stückzahlen zunehmend zu Problemen. Mehrere Beschaffungen zogen sich ungeplant extrem in die Länge, weil keine Angebote abgegeben wurden, die Hersteller wegen anderer Aufträge plötzlich außergewöhnlich lange Lieferfristen hatten oder abgegebene Bekleidungsmuster auch von langjährigen Lieferpartnern nicht mehr die geforderte Qualität besaßen. Mit dem Outsourcing der Beschaffung und Lieferung der Grund- und Ergänzungsausstattung der Dienstkleidung konnte Thüringen aufkommen- de Probleme bei der Lagerhaltung aber rechtzeitig umgehen.

Polizei-Abteilungsleiter Michael Schulze testete gleich vor Ort im Logistik-Zentrum Niedersachsen (LZN) von Hann. Münden gemeinsam mit dem dortigen Abteilungsleiter Zentrale Dienste und Datenschutzbeauftragten Christian Ahrens das Bestell-Portal für die neue Thüringer Dienstkleidung.

Die Landespolizeidirektion (LPD) hatte im April 2017 eine „Wirtschaftlichkeitsbetrachtung alternativer Beschaffungsmethoden für die Dienstkleidung der Thüringer Polizei“ durchgeführt, welche im Juni 2017 mit einer Aufstellung „Vorteile Kooperation mit Niedersachsen“ sowie „Kostenvergleich Thüringen-Niedersachsen“ ergänzt worden ist.

Im Ergebnis dessen schlug dann die LPD dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK) vor, künftig die Beschaffung und Ausgabe der Grundausrüstung an Dienstkleidung über das Logistik-Zentrum in Niedersachsen (LZN) zu realisieren, das bereits die Polizeien von Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern,

Bayern und natürlich Niedersachsen versorgt. Daraufhin entschied der Leiter der Abteilung 4, dass die LPD eine entsprechende Projektgruppe zu bilden hat, in der auch der Hauptpersonalrat der Polizei vertreten sein soll.

Am 15. Januar 2018 wurde die LPD mit der Bildung der Projektgruppe Dienstbekleidung beauftragt. Nach-

dem Innenminister Georg Maier ein positives Votum zu den Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen erteilt hatte, wurde das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport Anfang Januar 2018 über das Vorhaben in Kenntnis gesetzt. Der Thüringer Landtag fasste am 25. Januar 2018 zur Thematik „Ausrüstung der Thüringer Polizei nachhaltig ver-

Foto: Julia Kohl





Fotos: Julia Kohl

Der Geschäftsführer des Logistik-Zentrums Niedersachsen, Frank Hintze, und der Leiter der Polizei-Abteilung im TMIK, Michael Schulze, unterzeichneten in Hann. Münden die Durchführungsvereinbarung zur Beschaffung der neuen Dienstkleidung, die bei dieser Gelegenheit gleich besichtigt werden konnte.

bessern“ einen positiven Beschluss. Gleichzeitig erfolgte eine Kabinettabstimmung.

Der Nordverbund hatte im Mai 2018 einer möglichen Belieferung des Freistaats Thüringen mit seiner Dienstkleidung durch das Logistik-Zentrum Niedersachsen zugestimmt. Im gleichen Monat wurde die Dienstkleidung des Nordverbundes im Innenausschuss des Landtages präsentiert.

Eine von der LPD durchgeführte Umfrage zur eckigen Schirmmütze ergab, dass sich 72,6 Prozent der Dienstkleidungsträger der Thüringer Polizei für dieses Modell ausgesprochen haben. Im Ergebnis eines umfangreichen Arbeitsprozesses legte die LPD zum 30. Oktober 2018 einen detaillierten Abschlussbericht vor.

In diesem wurde vorgeschlagen, die Grund- und Ergänzungsausstattung der Dienstkleidung für die Thüringer

Polizei durch das LZN beschaffen und ausgeben zu lassen. Es wurde dargestellt, dass die Kooperation mit dem Land Niedersachsen nur dann wirtschaftlich ist, wenn perspektivisch die gesamte Grundausstattung und sukzessive die Sonder- und Schutzkleidung über das LZN beschafft werden.

Eine Beschaffung der thüringischen Artikel durch das LZN hätte keine günstigeren Preise ergeben.

Nach umfangreicher Erörterung in seiner Sitzung am 19. Dezember 2018 begrüßte auch der Hauptpersonalrat der Thüringer Polizei im Rahmen der Mitbestimmung gemäß § 75 Absatz 3 Satz 1 Nr. 10 Thüringer Personalvertretungsgesetz das Vorhaben.

Die feierliche Unterzeichnung der „Durchführungsvereinbarung über die Kooperation bei der Entwicklung, Weiterentwicklung, Beschaffung und Auslieferung von polizeilicher Dienst- und Schutzkleidung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Freistaat Thüringen“ nahmen

nach diesen insgesamt 15 Monaten Vorlaufzeit der Geschäftsführer des Logistikzentrums Niedersachsen, Frank Hintze, und der Leiter der Abteilung 4 im TMIK, Michael Schulze, am 25. März diesen Jahres vor Ort in Hann. Münden vor.

Mit Erlass vom 26. März 2019 informierte das TMIK über die Umsetzung der Durchführungsvereinbarung. Dieser Erlass ist im Intranet der Thüringer Polizei unter dem Link

<http://cms.it.pth/tmik/referat-44/dienstkleidung/> eingestellt.

Weitere Informationen der LPD zum Thema sind unter dem Link

<http://cms.it.pth/lpd/projekte/dienstkleidung-nordverbund/> zu finden.

Ich möchte mich bei allen an der Vorbereitung der Umstellung auf die Dienstkleidung des Nordverbundes Beteiligten für ihr Engagement und ihre umfassenden Tätigkeiten, die neben den eigentlichen Aufgaben erbracht wurden, herzlich für Ihre Unterstützung bedanken. ■

Rainer Hosak



Neuvergabe der Post- und Paketdienstleistungen

Wie die AG APP der Post auf die Sprünge half

Die gute alte Deutsche Post. Was waren das noch für Zeiten, als die Post noch pünktlich kam und man nicht bei sage und schreibe 223 regionalen und 729 deutschlandweiten Postlizenzinhabern – Stand 2015 bei Beginn des Ausschreibungsverfahrens – nachfragen musste. Ja, früher war alles besser ... Wirklich? Jetzt, im Jahr 2019 haben wir sie wieder, besser als jemals zuvor: die bessere moderne Deutsche Post AG. Michael Klein vom mit der Einsatzsicherstellung befassten Sachgebiet 22 der LPD berichtet für die PiT, wie die AG APP dieses Problem gelöst hat:

Momentan bin ich die Beschwerdestelle für Probleme mit der ausgeschrieben Postdienstleistung. Ihr könnt euch nicht vorstellen, wie es an dieser Hotline noch vor gut einem Jahr abging.

Täglich nahm ich mehrere Anrufe und E-Mails entgegen, die alle dasselbe Thema hatten: „Früher war alles besser. Da kam die Post noch pünktlich.“ Mittlerweile scheint wieder alles besser zu sein, denn mich erreicht vielleicht noch einmal im Monat ein Anruf, meist mit Nachfragen bezüglich unverständlicher Rechnungen. Bei knapp vierzig monatlichen Rechnungen ist das ein guter Schnitt, wie ich finde.

Wie kam es jetzt, dass alles wieder gut und besser ist?

Wie die Jungfrau zum Kinde kam ich zur Verantwortung für die Poststelle der LPD. Dies machte mich zum Poststellenverantwortlichen für deren ganzen Geschäftsbereich. Daraus wiederum schloss man meine Kompetenz in Bezug auf einen erneuten Anlauf zur Ausschreibung und Vergabe von Postdienstleistungen.

Mal ehrlich: Ich habe noch nie eine förmliche Postzustellung veranlasst, versendete noch nie ein Einschreiben, schrieb meinen letzten Brief vor vielen Jahren, kann mich nicht mehr erinnern, wann ich mein letztes Paket verschickte und soll eine Postausschreibung mit einem geschätzten Auftragswert von über 7.000.000 Euro durchführen?

Also im Ernst: Klar, hört sich prima an. Wieder mal etwas Neues. Die Herausforderung nehme ich an. Es wird ja ein paar Experten geben, die mich dabei unterstützen.

So trug es sich Mitte des Jahres 2015 zu. In meinem Geschäftsbereich 3 des Sachgebiets 22 haben wir schon einige Päckchen, oder halt Aufgabenpakete, zu tragen. So stellen wir nicht nur Einsätze logistisch sicher. Wir betreuen die Hauswache nebst Sicherheitsfirma. Wir sorgen mithilfe der fleißigen Logistiker für das Funktionieren normalster Geschäftsabläufe. Wir halten die LPD mobil, indem wir den überschaubaren Fahrzeugpool nebst Kraftfahrern verwalten. Wir entwerfen grundsätzliche Weisungen wie Haus-, Wach- und

Schriftgutordnung. Und wir übernahmen vom Direktionsbüro die Verantwortung für die Poststelle. Letzteres Paket enthielt die im ersten Anlauf fehlgeschlagene flächendeckende Ausschreibung für Post- und Paketdienstleistungen im Geschäftsreich der LPD.

Die Notwendigkeit für die Ausschreibung bestand, da sich die Landespolizei schon geraume Zeit außerhalb der gerade noch akzeptablen Grauzone im Vergaberecht bewegte. Insofern stellte sich nur noch die Frage nach dem Wie. Das TMIK bestätigte meinen Vorschlag, der die Einrichtung einer nebenamtlichen, hochkarätig besetzten AG „Ausschreibung von Post- und Paketdienstleistungen“ – „AG APP“ – beinhaltete.

Da Ideen häufig mit Verantwortlichkeiten einhergehen, fiel mir die AG-Leitung unter Beaufsichtigung meines Abteilungsleiters schnell zu. Und so trafen sich mindestens einmal monatlich Verantwortliche aus dem TMIK, dem TLS, dem TLKA, dem BZTh-Pol, den Sachgebieten 21, 22 und 24 der LPD, den Poststellen der LPD und der LPI Erfurt sowie der ZBS

zur Auswertung alter und zum Erhalt neuer Arbeitsaufträge.

Wer meldet sich da und fragt sich, was das Thüringer Landesamt für Statistik hier zu suchen hat? Ich bitte um Entschuldigung und gelobe Transparenz. Das TLS hörte von der Zentralen Ausschreibung, hatte den gleichen Bedarf sowie viel zu versendende Post und bat um einen Sitzplatz im fahrenden Zug. Da das fachlich zuständige Sachgebiet ja nicht umsonst „Zentrale Beschaffungsstelle“ genannt wird, rückten wir zusammen und schufen eine Mitfahrgelegenheit.

Die AG steuerte jedes der 22 Ergebnisprotokolle über das Direktionsbüro an die Behördenleitung. Im Sinne der internen ÖA verfasste ich zwei Intranetartikel sowie mehrere Berichte ans TMIK. Darüber hinaus erklärte ich in zwei Infoveranstaltungen, unzähligen Telefonaten und E-Mails allen Interessierten alle Hintergründe unseres Schaffens.

Das war eine Menge Arbeit neben der Arbeit. Ferner forderten wir sowohl die gleichgestellten als auch die über- und nachgeordneten Behörden und Einrichtungen enorm. Neben der Erhebung aller Altverträge war es in erster Linie die vom Vergaberecht zwingend geforderte einjährige Zählung, die die Poststellen an den Rand der maximalen Belastbarkeit brachte. Trotz der Reduzierung der belastbaren Zählung auf drei Monate, ergänzt um die belastbare Schätzung von neun Monaten anhand der Erfahrungswerte, ging der Aufwand an die Grenzen der Vertretbaren. Hierfür gebührt den Poststellen hoher Respekt und ein großes Dankeschön.

So trugen neben der AG APP viele fleißige Helfer zum angestrebten Erfolg, nämlich der flächendeckenden Absicherung der Postausgänge durch einen Anbieter, bei. ■

Michael Klein

21. Erfurter Kinderbuchtage 2019

Auf Spurensuche: Finde den Täter!

Eine vergessene Brille am Tatort? Fingerabdrücke? Einmal in der Thüringer Landespolizeidirektion auf Spurensuche gehen! Wo sonst Hemdträger mit Krawatte und Sternschulterklappen in ihrer Uniform arbeiten, Einsätze organisieren und ab und an auch mal Detektiv spielen, waren es diesmal keine Kollegen, sondern Kinder, die mit Julian Press nach dem Dieb in einem Saurierpark suchten.

In einen solchen hatte sich die Landespolizeidirektion verwandelt, und die kleinen Spürnasen versuchten, dem Ratekrimi des Autors zu folgen. Gespannt lauschten sie dem Illustrator, der die Wimmelbilder zeigte und weitere Hinweise zur tatsächlichen Täterfahndung gab, die von den Zuhörern erfolgreich abgeschlossen werden sollte. Die Kinder waren mit großer Begeisterung in die Rätselillustrationen vertieft.

Noch während der vorangeschrittenen Ermittlung schlich ein Mann an den Ermittlern vorbei, der vielleicht auf unseren mutmaßlichen Verdächtigen passen könnte. Ein Mann mit Brille, schlank, helle Haare, 1,80 groß - trifft genau auf das Täterprofil zu! Bei genauerem Hinsehen bemerkte die Detektivgruppe aber, dass es doch nicht der vermeintliche Täter war. Es war unser Innenminister Georg Maier, der sich dazu gesellte.

Nachdem der Minister mit den Kindern noch einige Rätsel gelöst hatte, der Autor begehrt nach Autogrammen gefragt wurde, baute sich im Innenhof der LPD noch eine Überraschung auf.

Neben der gut entwickelten Observationstaktik und der Aufdeckung der Rätsel durften die konzentrierten kleinen Ermittler dann auch alltägliche Einsatzluft schnuppern.

Der Wasserwerfer, ein Sonderwagen, und ein Lautsprecherwagen standen zum Entdecken bereit.

Die lauten Rufe einer komprimierten Einsatzgruppe der Bereitschaftspolizei lockten die Kinder schnell an, um die Demonstration mit einem gewalttätigen Angreifer zu beobachten. Mit neugierigen Blicken folgten die Kinder den vorgeführten polizeilichen Eingriffs- und Verteidigungstechniken sowie dem Anprobieren der Schutzweste, um sich in die Rolle des Polizisten tatsächlich einfühlen zu können. Noch nicht genug vom Polizeialltag, zog Volker Brandt, der Leiter des Diensthundwesens der Thüringer Polizei, alle Kinder in seinen Bann.

Und vielleicht träumen sie noch heute vom spannenden Leben eines Polizisten. ■

Vanessa Ristow

Ausbildungstag des Polizeiärztlichen Dienstes

Bei Lebensgefahr notfalls den Arzt ersetzen

Die Berufsfachschule für den Rettungsdienst in Meiningen besitzt ein Simulationszentrum, in dem man sehr realitätsnah unterschiedliche notfallmedizinische Einsatzsituationen üben kann. Diese Möglichkeit nutzte das Personal des Polizeiärztlichen Dienstes, um sich auf einem hohen Niveau fit zu halten.

Zunächst erfolgte ein Stationstraining über verschiedene Anwendungsverfahren von Medizintechnik und -produkten sowie neue medizinische Behandlungsleitlinien.

Dazu gehörte der intraossäre Zugang, eine Variante, Medikamente im Notfall über eine Bohrung in den Knochen verabreichen zu können. Das hört sich zunächst für Außenstehende brutal an, dieses Verfahren kann aber im Notfall lebensrettend sein, wenn die Punktion peripherer Venen zum Beispiel infolge eines starken Blutverlustes nicht mehr möglich ist. Diese Maßnahmen müssen ständig geübt werden, damit diese auch im Einsatzfall beherrscht werden.

Vor dem Hintergrund denkbarer lebensbedrohlicher Einsatzlagen haben sich spezielle Maßnahmen wie zum Beispiel Thorax-Entlastungspunktionen, Schmerzmedikamentengaben und andere invasive Maßnahmen, die aus rechtlicher Sicht normalerweise einem Arzt vorbehalten sind, unter bestimmten Voraus-

setzungen im Rahmen der taktischen Einsatzmedizin auch im Handlungsspektrum des Rettungsfachpersonals, insbesondere in dem von Notfallsanitätern, etabliert. Das gilt zum Beispiel dann, wenn ein Arzt nicht rechtzeitig verfügbar und wenn die Maßnahme erforderlich ist, um eine unmittelbare Gefahr für das Leben oder schwere gesundheitliche Schäden abzuwenden.

Damit hier Handlungssicherheit erlangt wird, trainieren die Einsatzkräfte des Polizeiärztlichen Dienstes solche Einsatzsituationen und qualifizieren sich weiter.

Durch jährliche 14-tägige Praktika im Rettungsdienst, Lehrgänge in der taktischen Einsatzmedizin und Simulationstraining sind die Notfallsanitäter, Rettungsassistenten und Rettungssanitäter für solche Fälle qualifiziert und hoffen dennoch, dass nie etwas in den Einsätzen passiert. Wenn doch, dann wissen wir, was zu tun ist. ■

Daniela Mai

Das Personal des Polizeiärztlichen Dienstes trainierte in Meiningen unter anderem das TECC (oben links), die CPAP-Beatmung (oben rechts) und den intraossären Zugang (unten links).

Fotos: Landespolizeidirektion



Polizeilicher Informations- und Analyseverbund (PIAV)

Auf einer völlig neuen Ebene



Das Ziel des PIAV – also des Polizeilichen Informations- und Analyseverbundes – ist nicht mehr und nicht weniger, als den bundesweiten ermittlungsspezifischen Datenaustausch der deutschen Polizei auf eine völlige neue Ebene zu heben.

Um dies zu erreichen, arbeiten miteinander vernetzte Projekte in Bund und Ländern seit geraumer Zeit gemeinsam an Lösungen für alte und neue Probleme.

Der bisherige Datenaustausch hat in „analogen Zeiten“ gut funktioniert und die Arbeit der Polizei bundesweit hervorragend unterstützt, doch haben Ereignisse in der Vergangenheit auch Schwächen aufgezeigt. Daher war es geboten, die Ermittlungsunterstützung und Auswertung von Schriftverkehr auf Datenaustausch umzustellen.

Im Mai 2016 wurde mit der ersten Stufe des PIAV der Datenaustausch für Waffen- und Sprengstoffdelikte in den Wirkbetrieb überführt. Der Startschuss für die zweite Stufe fiel im Juni 2018. Seitdem werden alle relevanten Daten der Rauschgiftkriminalität und von Gewaltdelikten sowie von gemeingefährlichen Straftaten, die im Bundeskriminalamt, von den Länderpolizeien, der Bundespolizei, der Polizei beim Deutschen Bundes-tag und im Zollkriminalamt ermittelt

werden, an ein Zentralsystem im Bundeskriminalamt übermittelt und können von allen berechtigten Mitarbeitern der deutschen Polizei abgerufen werden.

Ein Teil der Anfangsschwierigkeiten des PIAV liegt in der vereinzelt unzureichenden Qualität der in das Zentralsystem übermittelten Daten. Der Bund-Länder-Lenkungsausschuss des Programms „Polizei 2020“ hat im Frühjahr dieses Problem aufgegriffen und alle Bundesländer um eine Verbesserung der Datenqualität gebeten. In diesem Zusammenhang wurde auch die Intensivierung der polizeiinternen Öffentlichkeitsarbeit angeregt, um „zur Qualitätssteigerung in den Vorgangsbearbeitungssystemen beizutragen“.

Zur Erfüllung dieses Auftrages wurden mehrere Workshops zur Öffentlichkeitsarbeit der PIAV-Projekte durchgeführt.

Von März bis Mai 2019 trafen sich die Teilnehmer mehrerer PIAV-Projekte einzelner Bundesländer im

Landeskriminalamt in Erfurt, um über die künftige Ausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit zu beraten.

Nach einer ausgiebigen Analyse der Zielgruppen des PIAV im ersten Workshop erarbeiteten die Teilnehmer im April ein zielgruppenspezifisches Maßnahmenpaket, um die im November 2019 geplante Wirkbetriebaufnahme der PIAV-Stufen 3 und 4 – sie beinhalten neben den Dateien der Eigentums- und Vermögenskrimi-

nalität die Dateien Cybercrime, Dokumentenkriminalität, Schleusung und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung – zu begleiten.

In einem letzten Workshop wurde schließlich das Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit der PIAV-Projekte überarbeitet und ein Maßnahmenkatalog erstellt. Ein Beschlussvorschlag für die Bund-Länder-Projektleitertagung PIAV hat eine deutlich intensivere Öffentlichkeitsarbeit zum

Inhalt, indem die Ergebnisse der Workshops in die Praxis umgesetzt werden.

Gern beantwortet das Projektbüro im Landeskriminalamt Fragen zu allen Projekteinhalten. ■

Ringo Mühlmann

E-Mail:

piav-th@polizei.thueringen.de

Foto: TLKA



Der ÖA-Workshop im April formulierte eine Beschlussempfehlung für die 61. Bund-Länder-Projektleitertagung PIAV.

Digitaler Wandel in der Thüringer Polizei

Frühjahrssymposium mit hochkarätigen Referenten

Beim zweiten Frühjahrssymposium des Landeskriminalamtes standen Chancen und Herausforderungen des allgegenwärtigen digitalen Wandels und die Folgen für die innere Sicherheit im Fokus. Unausweichlich und deutlich spürbar sind die Auswirkungen auch auf die Arbeit der Polizei.



Foto: TLKA

Im Mehrzweckgebäude des LKA diskutierten die Teilnehmer Themen wie die digitale Revolution und Verteidigung im Cyberspace.

Nach der Begrüßung durch den Präsidenten des Landeskriminalamtes, Jens Kehr, und der Eröffnung durch Innenminister Georg Maier referierte der Präsident des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, vor gut 150 Fachleuten aus Politik, Justiz, Polizei, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien über die Verbrechensbekämpfung im Wandel 4.0.

Hochkarätige Referenten teilten an zwei Tagen ihr Wissen. Themen wie „Die digitale Revolution kommt erst noch!“ und „Verteidigung im Cyberspace“ wurden diskutiert. Mit diesem Symposium möchte das Landeskriminalamt als Fachbehörde der Kriminalitätsbekämpfung eine Tradition begründen und jedes Jahr ein aktuelles Themenfeld aufgreifen.

Das LKA bietet so eine Plattform, um über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft im Allgemeinen und die Polizei im Besonderen ins Gespräch zu kommen. Denn wer gut vernetzt ist und sein Wissen teilt, wird neue Synergien erzeugen und nutzen können. ■

Katharina Rießland

Korruption im großen Stil aufgedeckt

Millionen-Betrug durch IT-Manager

Der Aufmerksamkeit einer Sparkassenangestellten ist es zu verdanken, dass Ermittler des Thüringer Landeskriminalamtes Kenntnis von Zahlungsvorgängen erlangten, die eines der größten Korruptionsverfahren der letzten Jahre ins Rollen brachten.

Das Strafverfahren wurde bei der für Korruption zuständigen Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Erfurt wegen Verdachts der Bestechung und Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr, Untreue, Geldwäsche sowie Steuerhinterziehung geführt. Nach umfassenden Ermittlungen durch die Beamten der EG 632 Korruption sowie Durchsicht und Analyse einer Vielzahl von Bankkonten seitens der dafür zuständigen Wirtschaftsreferentin, konnte der dringende Tatverdacht zu einer erheblichen Anzahl von Straftaten begründet werden.

Schließlich erließ das Amtsgericht Erfurt 14 Durchsuchungsbeschlüsse zu Firmen und Wohnungen sowie Haftbefehle gegen die zwei Hauptbeschuldigten im Alter von 46 Jahren.

Für die Täter plötzlich und unerwartet klickten in den frühen Morgenstunden in einem Hotel in Bochum sowie im hessischen Rothenburg die Handschellen. Die sich anschließenden Durchsuchungsmaßnahmen führten zur Beschlagnahme zahlreicher Bevisdokumente sowie zur Sicherung elektronischer Daten im Terabyte-Bereich. Diese galt es zügig und verfahrenseffizient auszuwerten und für eine qualifizierte Anklage durch die Staatsanwaltschaft aufzubereiten.

Bei den beiden Haupttätern handelte es sich um den für die IT-Infrastruktur und Netzwerktechnik zu-

ständigen IT-Manager eines amerikanischen Tochterunternehmens im thüringischen Saalfeld sowie einen auf Medientechnik spezialisierten Elektriker. Dessen Firma erhielt „Aufträge“ im Zusammenhang mit Medien- und Netzwerktechnik über besagten IT-Manager.

Im vorliegenden Fall bestand der modus operandi darin, dass die beiden Täter immer wieder Absprachen zu vermeintlichen Aufträgen trafen, die dann mittels Schein- oder überhöhten Rechnungen zu IT-Dienstleistungen oder Hardware beim Unternehmen abgerechnet wurden. Der Manager gab nicht nur den Inhalt der Rechnungen bezüglich Leistung und Preis vor, welche die Elektrikerfirma stellte. Er sorgte nachfolgend auch dafür, dass die Rechnungen über die Buchhaltung bezahlt wurden. Mit derartigen Rechnungen, die meistens nicht durch Leistungen unteretzt waren, konnten Gelder generiert werden, die von den Tätern dann untereinander aufgeteilt wurden und ihnen einen entsprechend hohen Lebensstandard in Form von Luxusautos, Reisen, noblen Hotels und teuren Vergnügungen ermöglichten.

Beide hatten es geschafft, ein über Jahre hinweg gewachsenes System im Unternehmen zu etablieren, indem sie 168 Bestechungs- und Untreuehandlungen mit einem hierdurch verursachten Gesamtschaden in Höhe von 3,2 Millionen Euro reali-

sierten, ohne entdeckt zu werden. Von diesem Geld flossen knapp eine Million Euro als Bestechungszahlungen an den Manager zurück.

Die Komplexität der Informationstechnik an sich, ihre Fachspezifik und die Stellung des Managers im Unternehmen waren die begünstigenden Ursachen und Bedingungen, welche die Verschleierungshandlungen der Täter erst ermöglichten.

Durch seine Position als Abteilungsleiter verfügte der IT-Manager über das notwendige Wissen, wie firmenintern geschaffene Controlling-Systeme unterlaufen oder ausgeschaltet werden konnten. Gleichzeitig war der Manager selbst, als Budgetverantwortlicher für den IT-Bereich, Teil des Controllings, was es für ihn einfach machte, sein strafbares Handeln zu verdunkeln. Zudem war es ihm als Zuständigen erlaubt, Aufträge für IT-Dienstleistungen und IT-Infrastruktur an externe Firmen zu vergeben. Er war neben den deutschen Standorten des Unternehmens auch für die Niederlassungen in Frankreich, Dubai, Singapur sowie in den USA zuständig und besaß dadurch umfangreiche Kenntnisse über Bedarf, Ressourcen und die dafür bereitstehenden Mittel.

Eine Kontrolle im Unternehmen selbst oder durch Externe wurde seinerseits dadurch erschwert, dass er als verantwortlicher IT-Abteilungsleiter auf jegliche Dokumentationen verzichtete, die den Verbleib von Beschaffungen nachvollziehbar gemacht hätten.

Die erste Strafkammer des Landgerichts Gera verurteilte beide Täter wegen des besonders schweren Falls der Untreue in Tateinheit mit gewerbsmäßigem Betrug zu fünf Jahren Freiheitsstrafe für den IT-Manager und vier Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe für den Elektriker sowie zu einer Zahlung von mehr als 1,7 Millionen Euro. Das Urteil ist rechtskräftig. ■

Doreen Herholz

Landespolizeiinspektion Gotha

Erlebnisreicher Besuch im polnischen Kielce

Seit mittlerweile 1997 besteht nun schon die Städtepartnerschaft zwischen dem polnischen Kielce und der Residenzstadt Gotha. Kielce suchte eine deutsche und Gotha eine polnische Stadt. Der damalige polnische Botschafter vermittelte schließlich den Kontakt.

Seit dieser Zeit fanden etliche gegenseitige Besuche statt. Nun folgte erneut eine Delegation der LPI Gotha einer Einladung des neu gewählten Stadtpräsidenten Bogdan Wenta.

Behördenleiter Günther Lierhammer, EKHK Silko Aßmann, KHK Marco Kormann und POKin Alexandra Hoodt bereisten die 830 Kilometer entfernte Hauptstadt der Wojewodschaft Heilig Kreuz. Kielce liegt knapp 200 Kilometer südlich von Warschau. Mit ihren etwa 200.000 Einwohnern ist die Stadt in Größe, Infrastruktur und Bedeutung mit Erfurt vergleichbar.

Nach 9,5 Stunden Fahrt bei strahlendem Sonnenschein über gut ausgebaute Autobahnen und Kraftfahrstraßen wurde das Ziel erreicht. Hier machte sich zum ersten Mal bemerkbar, was EU-Förderung bewirken kann. Saubere und großzügig ausgebaute Straßen, die teilweise über eine Temperaturüberwachung der Fahrbahn verfügen.

Die offizielle Begrüßung folgte am nächsten Morgen in der Stadtverwaltung. Hier wurde der Behördenleiter noch vor Betreten des Gebäudes von den lokalen Radiosendern abgefangen und interviewt. Das mediale Interesse am Besuch der LPI Gotha war seitens der polnischen Partner sehr hoch, was auch die Pressekonferenz mit dem Stadtpräsidenten zeigte. Unter Blitzlichtgewitter fand ein ers-

ter Erfahrungsaustausch zwischen Stadtpräsident und Behördenleiter statt. Während der Pressekonferenz und des gesamten Aufenthalts war ein Dolmetscher dabei, der unaufhörlich und äußerst geduldig in beide Richtungen übersetzte.

Herr Wenta selbst spricht fließend Deutsch und ist hierzulande kein Unbekannter. Er ist ein ehemaliger Profi-Handballspieler, der international sehr erfolgreich war. Nach seinen Engagements in der spanischen Liga spielte er auch in der deutschen Bundesliga, unter anderem beim Primus Flensburg-Handewitt. Nachdem er die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen hatte, spielte er im Jahr 2000 für Deutschland bei den Olympischen Spielen in Sydney. Nach Beendigung seiner aktiven Laufbahn trainierte er zunächst den SC Magdeburg und später den Champions-League-Teilnehmer Kielce. 2014 wurde Herr Wenta in das Europa-Parlament gewählt und seit Ende 2018 ist er der neue Stadtpräsident von Kielce.

In Gesprächen und im Umgang mit Herrn Wenta war deutlich zu spüren, dass er aus dem Profisport stammt. Er denkt unkonventionell, wirkt hochmotiviert und vertritt die Philosophie, dass ein gutes Arbeitsergebnis auf der Auswahl engagierter und spezialisierter Mitarbeiter im Team basiert.

In seiner Begrüßung hob Herr Wenta die Bedeutung der Zusammenarbeit der Verwaltungen für die Entwicklung eines vereinten Europas hervor. Die Repräsentanten der Stadtverwaltung und der örtlichen Polizei hörten im Gegenzug gespannt den Ausführungen Herrn Lierhammers zu. Insbesondere interessiert waren sie an der Aufbau- und Ablauforganisation der thüringischen Polizei und den Kriminalbekämpfungsstrategien der LPI Gotha.

Im Anschluss überreichte Herr Lierhammer ein Präsent der Stadt und der LPI Gotha. Oberbürgermeister Knut Kreuch hatte einen Bildband der Residenzstadt mit persönlicher Widmung und kulinarische Köstlichkeiten aus Thüringen mitgeschickt, unter anderem mit Thüringer Bratwurst samt Grillzange. Seitens der LPI Gotha wurde dem ehemaligen Sportler neben anderen Geschenken ein Base-Cap der Thüringer Polizei überreicht, sowie ein großes „Merci“ für die Einladung.

Danach fand ein Treffen in der Kommandantur Heilig Kreuz statt. Der dortige stellvertretende Leiter Arthur Bielecki war ebenfalls äußerst interessiert an der Thüringer Polizeiarbeit. Insbesondere an dem Fakt, dass in Deutschland Polizei Ländersache ist. In Polen ist die Polizeiarbeit zentralisiert. In Warschau befindet sich die Hauptkommandatur

Günter Lierhammer und Bogdan Wenta beim Geschenke-Austausch.



unter Leitung eines Generalinspektors. Kielce und der dazugehörige Bezirk haben zehn Dienststellen mit etwa 780 Beamten. Die zu betreuende Fläche und Einwohner sind in etwa mit dem Schutzbereich der LPI Gotha zu vergleichen.

Beim Besuch der Dienststelle des Kommandanten Zalewski gab es viele interessante Eindrücke. Er erzählte, dass die polnische Polizei einen sehr jungen Kollegenstamm hat. Das Durchschnittsalter liegt zwischen 30 und 40 Jahren. Nach 30 Dienstjahren ist es möglich, in Pension zu gehen, mit Abzügen sogar früher. Für gute Ermittlungserfolge kann der Dienststellenleiter Prämien zahlen. Diese nimmt er unter anderem aus einem Topf, der sich aus nicht weniger interessanten Zahlungsmitteln füllt. Kollegen im Krankenstand bekommen 20 Prozent vom Gehalt abgezogen. Diese 20 Prozent wandern in den Topf, aus dem die Prämien bezahlt werden für die Kollegen, die in die-

sem Fall die Arbeit des erkrankten Kollegen übernehmen oder Ermittlungserfolge erzielen.

Interessant war auch der Einblick in das Ermittlungsgeschehen. Sobald der Verdacht einer Straftat besteht, können polnische Polizisten innerhalb von fünf Tagen sämtliche Ermittlungsmaßnahmen ohne gesonderte Anordnungsbefugnis von Staatsanwalt und Richter durchführen. Im Anschluss daran wird die Akte der Justiz übergeben, die dann über das weitere Vorgehen entscheidet.

Interessant war auch der Besuch des Kielcer Überwachungszentrums. In der Stadt Kielce sind 250 Kameras auf öffentlichen Straßen und Plätzen verbaut. 30 bis 60 Tage wird das Bildmaterial gespeichert. Das Überwachungszentrum ist rund um die Uhr besetzt. Teilweise versehen dort pensionierte Polizisten ihren Dienst. Sofern ein Verstoß auf Bildmaterial festgestellt wird, ergeht eine Infor-

mation an die Stadt oder die Polizei, sodass dieser geahndet werden kann.

Ein Ausflug führte zum Kloster Heiligkreuz, dem Wahrzeichen der Region. Dort gab es einen historischen Exkurs mit einem deutlichen Hinweis auf die deutsch-polnische Geschichte. Das Kloster wurde im Jahre 1006 von den Benediktinern gegründet.

Die polnische Polizei wirkt sehr gut entwickelt und ist in Sachen Digitalisierung der unseren voraus. Auf Arbeitsebene konnten verschiedene Kontakte geknüpft werden. Die LPI Gotha erhielt zudem erstmalig eine Einladung zum Kongress der polnischen Polizei, um dort zu personellen Veränderungen von der Deutschen Volkspolizei hin zur Thüringer Polizei zu referieren. Bleibt abzuwarten, was diese Partnerschaft für die Zukunft noch bereithält. ■

Alexandra Hoodt/Marco Kormann

Vorschau

Großer Polizei-Sport auf dem Friedberg

Die 17. Europäische Polizeimeisterschaft im Schießen fand unter der Schirmherrschaft von Innenminister Georg Maier vom 17. bis zum 21. Juni im Schießsportzentrum auf dem Suhler Friedberg statt. In der nächsten PiT lesen Sie einen ausführlichen Veranstaltungsbericht.



Foto: Torsten Stahlberg

Der Sportbeauftragte der Thüringer Polizei, Polizeidirektor Andreas Röhrner, ist in Personalunion nun auch Generalsekretär der Union Sportive des Polices d'Europe (USPE). Die Eröffnung der Polizei-Europameisterschaft im Schießen am 17. Juni in Suhl war das bisher bedeutendste USPE-Heim-Event seit seiner Berufung. Die PiT-Redaktion interessierte sich natürlich auch für seine persönliche Sicht auf dieses Ereignis.



Foto: Steve Bauerschmidt

Abend der Filmmusik im neuen Outfit

Alle Filmmusik-Freunde sollten sich den 8. November 2019 schon mal dick im Kalender ankreuzen. Um 19 Uhr präsentiert sich der nun schon traditionelle Abend der Filmmusik unseres Polizeiorchesters in der Erfurter Thomaskirche auf eine ungewöhnliche und neue Weise. Soviel sei schon verraten: Die Kirchen-Orgel wird nicht mehr nur schmückendes Beiwerk sein, sondern unter den Händen des bekannten Organisten Nico Wieditz selbst einen Beitrag zum guten Klang leisten.

David Preil war im vergangenen Jahr kurzfristig als Dirigent des Abends der Filmmusik eingesprungen. Was er in der damals sehr kurzen Probenphase aber mit dem Orchester auf die Beine gestellt hatte, machte allen Beteiligten und vor allem den begeisterten Konzertbesuchern Lust auf Mehr. Nun die gute Nachricht: Es ist gelungen, den begabten Dirigenten auch für die 2019er Auflage zu verpflichten. Lesen Sie weitere Einzelheiten dazu in der nächsten Ausgabe der PiT.

Dienstjubiläum

25 Jahre

November

PHM Jens Hanstein, LPI-ID Nordhausen
KOKin Doreen Dufft, LPI-KPI Erfurt
KHKin Andrea Stöckel, LPI-KPI Gera
PHM Rico Stötzel, LPI Gera/
PI Altenburger Land
PHMin Katrin Müller, LPI Gera/
PI Greiz
PHM Daniel Bauer, LPI Saalfeld/
PI Saale-Orla

Dezember

PHMin Katrin Simon, LPI Gotha/
PI Eisenach
PHMin Inge Rudolph, LPI-ID Gotha
PHK Enrico Freitag, LPI Gotha/
PI Arnstadt-Ilmenau
KHMin Ina Bischoff, LPI-KPI Gotha
POKin Fränze Töpfer, LPI Nordhausen
PHMin Bianca Reschwamm,
LPI Nordhausen/PI Eichsfeld
KOMin Anja Rodegast, LPI-KPI Jena
POMin Silke Hildebrandt,
LPI Erfurt/ID Süd
PHMin Ines Manjate, LPI-ID Gera
PHM Frank Würstl, BPTH - TEE

März

PHMin Nicole Wilhelm, LPI-ESU Suhl
POM Heiko Stolze,
LPI-ID Nordhausen

April

Kerstin Krauß, LPI Erfurt
Petra Niebergall, LPI Nordhausen

PHM Axel Günther, LPI Erfurt/ID Nord
PHMz André Seliger, LPI-ID Gera
POM Andreas Steuer, LPI Gera/
PI Altenburger Land

Mai

KHK Thomas Freibote,
LPI-KPI Nordhausen
KHKin Cindy Jahn, LPI-KPI Erfurt
KHM Marco Zierd, LPI-KPI Suhl
KHMinZ Iris Schmidt,
LPI-KPI Nordhausen
PHK André Apitz, BPTH - TEE
PHK Torsten Fuhr,
LPI Nordhausen/PI Kyffhäuser
PHM Thomas Bomme,
LPI Nordhausen/PI Unstrut-Hainich
PHM Daniel Deuerling, BPTH - PÄD
PHM Jens Dubberke, API-ID
PHM Swen Michel, API/APS Nord
PHM Hubert Theibig, API-ID
PHMin Kathrin Becker, API-ID
PHMin Claudia Döring,
LPI Nordhausen/PI Eichsfeld
PHMin Grit Pfotenhauer, LPI Suhl/
PI Schmalkalden-Meiningen
PHMin Ramona Prasse, LPI Suhl/
PI Schmalkalden-Meiningen
PHMz Frank Krüger, LPI Nordhausen/
PI Eichsfeld
PM Torsten Geis,
LPI Jena/PI Apolda
POK Gerd Albrecht, LPI Saalfeld/
PI Saale-Orla
POK Dirk Löbel, LPI Nordhausen/
PI Kyffhäuser

Juni

Kerstin Pabst, LPD

40 Jahre

November

KOM Wolfgang Markwald,
LPI-KPI Nordhausen

Januar

PHM Andreas Lindner, LPI Jena/
PI Weimar
PHM Gert Ullein, LPI Nordhausen/
PI Kyffhäuser
PHM Rainer Krüger, API/APS West
Irena Rachow, LPI Gera/
PI Altenburger Land

Februar

TA Gunter Scharf, LPD
PHM Andreas Köcher, LPI-ID Saalfeld

März

KHK Günter Beyer, LPI-KPI Gera

April

KHK Ulf Riedel, LPI-KPI Gera

Mai

KHK Wolfgang Fischer,
LPI-KPI Nordhausen
PHK Robert Engel, LPI Saalfeld/
PI Sonneberg
PHK Frank Krebs, LPI-ID Saalfeld
PHM Peter Bangert, API/APS Süd
PHM Hubertus Behrends,
LPI-ESU Erfurt

Mai

PHM Michael Jäger, LPD
PHM Ingo Kühne, LPI Nordhausen/
PI Kyffhäuser
PHM Thomas Leuschke,
LPI Saalfeld/PI Saale-Orla

PHMz Helmut Pfeuffer,
LPI-ESU Saalfeld
PHMz Roland Schmidt, LPI Gotha/
PI Eisenach
POM Matthias Engelhardt, LPD
POM Frank Siegmund,
LPI Nordhausen/PI Unstrut-Hainich

Juni

PHK Detlef Dehler, LPI Suhl/
PI Hildburghausen
PHM Jürgen Korn, LPI Saalfeld/
PI Saale-Orla

Ruhestand

Dezember

POK Frank Bartscheck, API/APS West
Martina Hübner, LPI-KPI Jena

Januar

PHM Uwe Munzert, LPI Gera/PI Greiz
PHK Harald Schneider, LPI Jena/
PI Weimar
EPHK Reimund Hentschel,
LPI Nordhausen/PI Unstrut-Hainich
PHM Hans-Peter Eichhorn,
LPI Gotha/PI Arnstadt-Ilmenau
PHM Jürgen Erber, LPI-ID Gera
POM Otto Machleb, LPI-ID Gera
KHK Dieter Günther, LPI Gotha
PHM Uwe Kämpf, API/APS Nord
PHK Klaus Bräunig, LPD
POM Ulrich Ratz, LPI-ID Suhl
EPHK Andreas Fuchs, API-ID
KHK Dietmar Busch, LPI Gera/
KPI Altenburg
KOK Peter Gross, LPI-KPI Suhl
Jürgen Rettschlag, LPI Erfurt
Doris Glöckner, LPI Gotha/
PI Eisenach

Februar

KHK Claus-Dieter Schwind,
LPI-KPI Gera
PHM Andreas Hartmann,
LPI-ESU Erfurt
PHM Ralf-Dieter Wisser, LPI Erfurt
PHM Ulrich Thomae, API/APS Süd
PHM Bernhard Wolf, LPI Jena/

PI Weimar
PHK Dietmar Lindner, LPI Gera/
PI Altenburger Land
POM Ronald Ammelung,
API/APS Nord
Gerd Schütze, BPTH
PHK Holger Reichert,
LPI Nordhausen/PI Unstrut-Hainich

März

POM Bernd Preßl, LPI Erfurt/ID Nord
Rosemarie Wilkerling, LPD
Heinz Koch, LPI Erfurt
EKHK Frank Kluckzkowski,
LPI-KPI Nordhausen
EPHK Dietmar Mothes, LPI Gotha/
PI Eisenach
EPHK Michael Vetterlein, API
PHK Ingo Anders, API-ID
PHM Thomas Schaller, LPI-ID Gera
PHM Jens Schröter, LPI-ESU Saalfeld
PHM Dietmar Böhler, LPI Saalfeld/
PI Saale-Orla
PHM Peter Reckling,
LPI Nordhausen/PI Kyffhäuser
POKin Dagmar Engel, LPI Jena/
PI Weimar
POMin Sonja Polan, LPI Gotha/
PI Eisenach

April

KHKin Petra Schirmmacher,
LPI-KPI Gotha
PHK Lutz-Volker Genzel,
LPI-ESU Nordhausen

PHM Manfred Franz, LPI Saalfeld/
PI Saale-Orla
PHM Dieter Otto, LPI Nordhausen/
PI Kyffhäuser
PHM Ralf Schlupeck, LPI Saalfeld/
PI Saale-Orla
PHM Klaus-Dieter Tolle, LPI-ID Gera
PHM Andreas Werner, LPI Saalfeld/
PI Saale-Orla
PHMz Thomas Rau, LPI Suhl/
PI Hildburghausen
POM Holger Bienert, LPI Saalfeld/
PI Saale-Orla
POM Hendrik Friedberger,
LPI Saalfeld/PI Saale-Orla
POM Wolfgang Klimek, LPI-ID Suhl
Angela Sabrowski, LPI-KPI Gotha

Mai

KHK Holger Kästner, LPI-KPI Jena
KHM Klaus Kellner, LPI-ID Jena
KHM Uwe Körner, LPI-KPI Jena
KOK Harry Natke, LPI-KPI Erfurt
PHK Frank Schöler, LPI-ID Saalfeld
PHM Gernot Billgow, LPI-ID Saalfeld
PHM Gerald Blei, LPI-ID Saalfeld
POM Detlev Jahr, LPI Gera/
PI Altenburger Land
POR Hartmut Wachtel,
LPI Nordhausen/PI Kyffhäuser
Gudrun Schrön, LPI Gotha/
PI Eisenach

Juni

POM Bernd-Olaf Ehrenbrink, LPD
Sieglinde Schräpel, LPI-KPI Jena

Wir nehmen Abschied von

Polizeiobermeister
Harald Raßmann

Er verstarb plötzlich und unerwartet am 27. Juni 2019 im Alter von 58 Jahren. Harald Raßmann begann seine Polizeilaufbahn im Jahr 1988. Während seiner gesamten Dienstzeit war er in der Polizeiinspektion Schmalkalden-Meiningen tätig. Bis zuletzt verrichtete er seinen Dienst als Beamter im Einsatz- und Streifendienst. Mit ihm verlieren wir einen jederzeit einsatzbereiten, engagierten und erfahrenen Kollegen. Wir werden unserem langjährigen und geschätzten Weggefährten immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Leiter der Landespolizeiinspektion Suhl
Leitender Polizeidirektor Wolfgang Nicolai

Leiter der Polizeiinspektion Schmalkalden-Meiningen
Polizeiberrat Jörn Durst

Vorsitzender des Örtlichen Personalrates
Polizeihauptkommissar Lutz Bernsdorf

Wir nehmen Abschied von unserem geschätzten Kollegen

Dieter Scheschonka

geboren 24. April 1956 gestorben 30. April 2019

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau und den Hinterbliebenen.

Die Kolleginnen und Kollegen der Landespolizeiinspektion Gera werden ihn in bleibender Erinnerung behalten.

André Röder
Leiter der Landes-
polizeiinspektion Gera

Mike Schramm
Leiter der Polizei-
inspektion Greiz

Jens Krause
Vorsitzender des
örtlichen Personalrates

Wir nehmen Abschied von

Polizeiobermeister
Gerald Büchner

Er verstarb am 9. März 2019 im Alter von 62 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit.

Mit ihm verlieren wir einen einsatzbereiten, engagierten und erfahrenen Kollegen.

Wir werden unserem langjährigen und geschätzten Weggefährten immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Leiter der Landespolizeiinspektion Suhl
Leitender Polizeidirektor Wolfgang Nicolai

Leiter der Polizeiinspektion Schmalkalden-Meiningen
Polizeiberrat Jörn Durst

Vorsitzender des Örtlichen Personalrates
Polizeihauptkommissar Lutz Bernsdorf

Wir trauern um unseren Kollegen

Polizeiobermeister
Karsten Sturm

geboren 6. Februar 1965 verstorben 9. Februar 2019

Karsten Sturm verrichtete seinen Dienst seit 2015 im Einsatz- und Streifendienst der LPI Gera und war seit dem 18. Juli 2018 zum Inspektionsdienst der LPI Jena abgeordnet. Am 9. Februar 2019 verstarb Karsten Sturm plötzlich und unerwartet.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen und Hinterbliebenen.

André Röder
Leiter der Landes-
polizeiinspektion Gera

Michael Zimmermann
Leiter Sachbereich
Inspektionsdienst LPI Gera

Jens Krause
Vorsitzender des
örtlichen Personalrates



Diensteid auf dem Domplatz

Zum ersten Mal leisteten am 29. Juni 265 Anwärtler des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes auf dem Erfurter Domplatz ihren Diensteid auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Freistaats Thüringen. 216 Frauen und Männer haben im Oktober 2018 ihre zweijährige Ausbildung für den mittleren Dienst in Meiningen begonnen. 49 von ihnen absolvieren ein dreijähriges Studium zum Kommissar im gehobenen Dienst an der Bildungseinrichtung der Thüringer Polizei.

Der Innenminister erinnerte die Anwärtlerinnen und Anwärtler zugleich daran, dass sie unseren Staat in besonderer Weise verkörpern, weil sie mit besonderen Befugnissen ausgestattet sind und das Gewaltmonopol des Staates ausüben. „In unseren Reihen darf es deshalb nicht den Anflug eines Zweifels geben, dass wir uns gemeinsam der freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichtet fühlen“, betonte der Minister. An der öffentlichen Vereidigung nahmen neben vielen Angehörigen und Freunden auch Vertreter der Landesregierung, der regionalen Politik und der Polizeiführung teil.

Sarah Müller
Fotos: Marcus Scheidel, Georg Maier